

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 rechnen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerbliche Vereins-
 und Berührungsanzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenanzeigen und Stellenange-
 begen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 15. September 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Hartnäckiger russischer Widerstand im Südosten.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 14. September. (B. Z. B.) Mitteilung des Großen Generalstabes von gestern abend. In den Gegenden von Riga, Friedrichstadt und Jakobstadt keine wesentlichen Veränderungen. An der Front an der unteren Edeau und nordwestlich von Mitau Gefechte kleiner Abteilungen. Betrachtlich verstärkter Artilleriekampf von Linden bis zwanzig Werst nordwestlich von Friedrichstadt. Die hartnäckigen Kämpfe westlich von Jakobstadt in den Gegenden des Bistern- und Saufensees dauern fort. Westlich und südwestlich von Dünaburg hat der Feind eine beträchtliche Offensive unternommen. In der Gegend von Abeli und Lugani und weiter südlich spielen sich sehr erbitterte Kämpfe ab. Bei der Station Nowo-Swientziany wurde die Eisenbahn vom Feinde durchschnitten. Unter dem Drucke des Feindes, welcher zwischen den Gegenden von Nowo-Swientziany und Wilna zu einer entscheidenden Offensive überging, ziehen unsere Truppen sich zurück. In der Gegend der Bahnstation Bobbrodie sowie in der Gegend westlich von Wilna und weiter östlich, sowie bis zur Gegend von Dram) keinerlei Veränderung. An der Front Drany-Mosty hartnäckiger Kampf gegen den beträchtlich verstärkten Feind in der Gegend von Stidel und weiter östlich. Der Feind dehnte seinen Angriff von östlich Stidel weiter aus. In den Kämpfen, welche unsere Nachhut aufnahm, um den Vorstoß des Feindes aufzuhalten, konnte unsere Artillerie ein machtvolles Feuer entfalten.



Die Front im Osten.

Aus der Linie Wolkowyski-Startus-Raja-Bereza dringt der Feind auf den Straßen nach Osten vor. Seine Versuche, zu einer kräftigeren Offensive überzugehen, stießen überall auf vorbedachten Widerstand und hatten keinen Einfluß auf den regelmäßigen und sicheren Verlauf des geplanten Rückzuges unserer Truppen. Zwischen Kobrijn und Rinsk im allgemeinen keine Veränderungen; in der Gegend östlich von Drogitschin keine Gefechte. Südöstlich vom Bahnhof Sarny halten unsere Truppen den Feind weiter auf, der besonders längs der Flüsse Styr und Gorhnia und weiter nach Osten, also in der Gegend von Skolki, vorzubringen sucht. In der Gegend von Derashno hartnäckige Kämpfe. Westlich von Rowno, in der Gegend von Dubno und Kremench, machen die Oesterreicher erfolglose Angriffe. In Galizien, in der Gegend von Tarnopol drangen unsere Truppen unter einem orkanartigen Artilleriefeuer des Feindes noch ein wenig vor, machten Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Wir warfen die Deutschen zurück, welche sich nach Norden zurückzogen. Am unteren Sereth in der Gegend von Zaleszczycki versuchte der Feind durch Uebergehen zur Offensive unser Vordringen nach Westen aufzuhalten, aber nach hart-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. September 1915. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Unter teilweise sehr lebhafter Tätigkeit der Artillerien verlief der Tag sonst ohne wesentliche Ereignisse.

Ein schwacher französischer Vorstoß gegen das Schlessenhaus von Sapignac (nordwestlich von Reims) wurde zurückgeschlagen.

Auf Trier, Mörchingen, Chateau-Salins und Donauerschingen wurden von feindlichen Fliegern Bomben abgeworfen. Bei Donauerschingen ein Personenzug mit Maschinengewehrfener beschossen. Es sind einige Personen getötet oder verletzt.

Aus dem über Trier erschienenen Geschwader wurde ein Flugzeug bei Lommelingen (südwestlich von Tentsch) heruntergeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Auf der Front zwischen der Düna und der Wilija (nordwestlich von Wilna) sind wir unter Kämpfen im weiteren Vorgehen. Es wurden fünftausendzweihundert Gefangene gemacht, ein Geschütz, siebzehn Munitionswagen, dreizehn Maschinengewehre und viele Bagagen erbeutet. Auch östlich von Olita macht unser Angriff Fortschritte. Im Njemenbogen (nordwestlich von Grodno) gelangte die Verfolgung bis halbwegs Lida. Weiter südlich nähern wir uns dem Szczara-Abchnitt. Der Bahnhof Lida wurde nachts mit Bomben beworfen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Verfolgung gegen die Szczara blieb im Fluß; feindliche Nachhut wurde geworfen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Auch hier konnte der Feind die Verfolgung nicht aufhalten. Einige hundert Gefangene wurden eingebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 14. September. (B. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht: Wien, 14. September 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Lage in Ostgalizien ist unverändert. Der Feind griff heute früh unsere Strzyna-Front an, wurde aber abgewiesen. Auch in Wolhynien sind die Russen unter Heranführung neuer Truppen an zahlreichen Stellen zum Angriff übergegangen. Während bei Nowo-Melnic die Kämpfe noch andauern, wurde der Feind bei Dubno und am Stubiel-Abchnitt überall unter großen Verlusten zurückgeworfen. Unsere in Litauen kämpfenden Streitkräfte überschritten in der Verfolgung des Gegners südlich von Slonim die Grinda-Niederung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach den erfolglosen italienischen Angriffen der letzten Tage trat gestern in den größeren Kämpfen bei Plitisch und Tolmein eine Pause ein. Bei Plawa vertrieb ein Feuerüberfall unserer Artillerie den Feind aus einem mehrere Kilometer breiten Frontstück. Die südlichen Italiener erlitten große Verluste. An der Trioler Front wurden Angriffsvorstöße schwächerer feindlicher Abteilungen gegen unsere Stellungen bei der Grenzbrücke im Popenatal (südlich Eschuberbach) und im Tonalegebiete abgewiesen. Im großen und ganzen herrscht an der Südwestfront Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Hofer, Feldmarschallleutnant.

näckigem Kampfe wurde er von neuem geschlagen und geworfen. Im allgemeinen suchen die Unternehmungen der Deutschen und Oesterreicher den Anschein offensiver Operationen zu bewahren, was ihnen Verluste einbringt, die mit ihren Ergebnissen nicht im rechten Verhältnis stehen.

Geldschwierigkeiten der Ententemächte - Kriegstreiber an der Arbeit.

New-York, 25. August 1915. (Fig. Ver.)

Die letzten Wochen haben einen großen Sturz im Kurse des Geldes der Ententemächte gesehen, während sich der Kurs des deutschen und österreichischen Geldes auf dem schon vor vielen Monaten erreichten Niveau hielt. Selbst das englische Geld zeigt einen Kursverlust von nahezu fünf Prozent, woran die großen Goldsendungen der letzten Wochen wenig zu ändern vermocht haben. Die Erscheinung hängt aufs engste mit den großen Waffen- und Munitionsbestellungen zusammen. Entgegen der allgemeinen Vorstellung hat die Lieferung dieser Bestellungen kaum erst begonnen, erst jetzt soll mit den größeren Lieferungen angefangen werden. Als die Bestellungen gegeben wurden, mußten die Auftraggeber 20 oder 25 Prozent der Gesamtsumme anbezahlen. Jetzt werden nun die übrigen 80 oder 75 Prozent fällig und die Frage entsteht, wie man sich die nötigen Zahlungsmittel beschaffen soll. Am schlimmsten sind Italien und Rußland daran, die auch Neubestellungen schwer unterbringen können, da die amerikanischen Kapitalisten ihren Kunden wohl große Sympathie, aber wenig Glauben entgegenbringen. Aber auch für England und Frankreich ist die Zahlung eine sehr brenzliche Frage.

England hat die Frage dadurch zu lösen gesucht, daß es große Mengen Gold nach New York schickte und bei New Yorker Banken amerikanische Eisenbahnobligationen verpfändete. Bis jetzt hat dies wenig genützt, um den Kurs des englischen Geldes in die Nähe von pari zu bringen; denn die zu leistenden Zahlungen sind sehr groß. Es würde wohl mehr Gold bedürfen, als England und seine Verbündeten entbehren können, um auf diesem Wege die große amerikanische Waffen- und Munitionsausfuhr zu begleichen. Den Amerikanern selbst wäre damit auch nicht gedient, wenigstens den Banken nicht. Diese haben zurzeit eine gewaltige Goldreserve und leihen ihr Geld zu sehr niedrigen Sätzen aus. Sie wüßten nicht, was sie mit dem englischen Golde anfangen sollten. Eine Verwendungsmöglichkeit, wie etwa von einer Periode industrieller Expansion und Prosperität geschaffen werden würde, ist nicht in Sicht. Ein beständiger Goldzufluß würde unter den herrschenden Verhältnissen vielleicht zu einer noch wilderen Spekulation auf dem Effektenmarkt und dann höchstwahrscheinlich zu einem großen Krach führen.

Die Bankiers wollen Geschäfte machen und die Zahlungsnot ihrer Kunden liefert ihnen dazu eine willkommene Gelegenheit. Sie reden beständig von einem Kredit von einer halben Milliarde Dollar, die die Engländer hier gegen Hinterlegung von amerikanischen Eisenbahnobligationen aufnehmen müßten, um ihren Verpflichtungen nachkommen zu können. Welche Anziehungskraft ein derartiges Geschäft auf die amerikanischen Finanz haben muß, geht aus folgenden Einzelheiten über den Kredit hervor, den die Franzosen hier aufgenommen haben. Frankreich hinterlegte bei der Firma J. P. Morgan u. Co. amerikanische Eisenbahnbonds. Von diesen Papieren werden für 142 Millionen Frank nicht nach Paris zurückkehren. Die Pennsylvaniaabahn-gesellschaft hat die Bonds durch das Bankhaus Kuhn, Loeb u. Co. einlösen lassen. Sie waren Teil einer Emission von 250 Millionen Frank, die im Jahre 1921 Maturität erreichte. Morgan und Co. hatten die Papiere zu 90 Prozent ihres Wertes beliehen; die Einlösung verschafft der französischen Regierung mithin ein paar weitere Millionen, die sie als Zahlung für amerikanische Waren verwenden kann. Die amerikanischen Kapitalisten haben bei dieser Transaktion ein Bombengeschäft gemacht. Indem die Pennsylvaniaabahn ihre Bonds schon jetzt einlöste, machte sie infolge des niedrigen Kurzes des französischen Geldes einen Profit von 16 Prozent! Um ihre Bankiers zu bezahlen, wird die Bahngesellschaft in den Vereinigten Staaten Dollarobligationen ausgeben.

Diese Einzelheiten erklären zur Genüge, weshalb die Amerikaner den Engländern und Franzosen durchaus Kredite einräumen wollen. Sie erklären aber auch, weshalb es die Engländer mit diesem Geschäft gar nicht eilig haben. Englische Bankdirektoren sollen sich auf dem Wege nach New York befinden, um mit den Amerikanern über die Lösung des schwierigen Zahlungsproblems zu verhandeln. Ein Lösung muß bald gefunden werden, wenn nicht die Kriegslieferungen aus Amerika infolge der erwähnten Zahlungsschwierigkeiten unterbrochen oder doch wenigstens stark eingeschränkt werden sollen. An diesem Punkte scheinen Russen und Italiener schon angekommen zu sein. Die bisher recht eifrig diskutierte Frage, was England tun wird, um das Pfund Sterling zu rehabilitieren, ist durch den Untergang der „Arabic“ jäh unterbrochen worden. Kommt es zu kriegerischen Verwickelungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten oder auch nur zu einem diplomatischen Bruch, so werden sich nach der Ansicht mancher Sachleute die finanziellen Beziehungen zwischen

England und Amerika bedeutend einfacher gestalten. Als dann würde sich der amerikanische Weltmarkt wohl englischen Kriegsanleihen öffnen, die die Engländer auch jetzt schon hier gern unterbringen möchten.

Wenn es in der nächsten Zeit nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika oder gar zum Kriege kommt, so werden sicher die amerikanischen Kriegsgegner nicht daran schuld sein. Die deutsche Regierung wird äußerst vorsichtig sein müssen, wenn sie diesen Verrennen nicht in die Hände spielen will. Denn daß sie es auf einen Bruch mit Deutschland abgesehen haben, geht klar und deutlich aus ihrem ganzen Gebaren hervor. Der Untergang der „Arabic“ hat klar gezeigt, wie die Dinge liegen. Ohne die deutsche Erklärung dieses Zwischenfalles abzuwarten, behaupteten die führenden Kapitalistenblätter, daß jetzt ein Bruch mit Deutschland unvermeidlich sei. Vermutungen, daß die aus englischer Quelle stammenden Berichte über den Untergang des Dampfers den Tatsachen vielleicht nicht entsprächen, würden verspottet und verlacht, und dem Publikum wurde mit pathetischer Gebärde verkündet, wie heilig das Recht des Amerikaners sei, in Kriegszeiten auf den Schiffen einer kriegsführenden Nation reisen zu dürfen. Die Blätter stellten Vergleiche mit Washington und der Unabhängigkeit, Lincoln und der Sklavendefreierung an. Derartige Uebertreibungen sind in den Vereinigten Staaten gang und gäbe und man darf sie deshalb nicht allzu ernst nehmen; aber ihre Verwendung beweist, wohin die Strömung treibt.

Unmittelbar vor der durch die Versenkung der „Arabic“ erzeugten Spannung erlebten wir eine besonders heftige Deutscherbege. Einem in der Union weilenden deutschen Herren, Dr. Albert, waren eine Anzahl Briefe gestohlen worden, die dann die „World“ als Beweise für die Propaganda deutscher Geheimagenten veröffentlichte. Das Wichtigste an der Sache war, daß dem Redakteur Bierck vom „Fatherland“ nachgewiesen wurde, von dem deutschen Agenten Geld erhalten zu haben. Ferner wurden viele unerwiesene Behauptungen aufgestellt und dunkle Andeutungen gemacht, unter anderen auch die, deutsche Geheimagenten hätten versucht, in den Munitionsfabriken Streiks zu provozieren. Alle diese Dinge, auf die einzugehen es sich kaum lohnt, werden nun tagelang zu einem lieblichen Brei zusammengedrückt, in den man mit jeder Extrazugabe neue Essenzen schüttelte, bis man die Angst und den Argwohn des Volkes genügend erweckt hatte.

Unter der Deutscherbege und der Kriegsbereitstellung stehen das Rüstungskapital und die zahlreichen Kapitalisten, die zurzeit an der Prosperität dieses Industriezweiges interessiert sind. Es ist sehr auffallend, daß sich in die Erörterungen über die Kriegsmöglichkeit immer wieder die Rüstungsfrage schiebt. Man sollte meinen, daß man sich in Anbetracht der Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung mit dem augenblicklich Wichtigsten, dem Zustand des Heeres und der Flotte und der Art der Teilnahme an dem Kriege, befassen würde. Aber anstatt dessen schreibt die kapitalistische Presse beständig von der Notwendigkeit einer großen Heeres- und Flottenvermehrung, die für das gegenwärtige Ringen doch wohl kaum noch in die Waagschale fallen dürfte. Mit den Lippen murmelt man über den Krieg, mit den Gedanken ist man bei den Rüstungsproben.

Diese Seelenverfassung der amerikanischen Bourgeoisie ist nicht schwer zu erklären. Infolge der großen Kriegsbestellungen hat die amerikanische Rüstungsindustrie eine gewaltige Ausdehnung erfahren. Je länger der Krieg dauert, desto mehr ist zu verdienen, desto größer ist die Sicherheit, daß sich das neu angelegte Kapital genügend verwertet. Alle Ereignisse, die auf eine Verlängerung des Kampfes hindeuten, regen die Börse günstig an und erfreuen das Herz des Bourgeois. Alles, was die Wiederkehr des Friedens „befürchten“ läßt, deprimiert die kapitalistische Seele — wenigstens in den Distrikten.

Aber einmal muß der Krieg doch beendet werden. Und was wird dann aus den neuen und erweiterten Rüstungsfabriken werden? Es ist diese Frage, die unsere Kapitalisten peinigt und die sie zu dem bewährten Agitationsmittel der Rüstungsindustrie greifen läßt. Wenn Europa vorfragt, so müssen die Vereinigten Staaten dafür sorgen, daß die Rüstungsindustrie Aufträge bekommt. Um aber diese für die Zukunft der Betriebe durchaus notwendigen Aufträge rechtlich zu können, müssen wir einen Erbfeind haben. Früher war dies Japan; doch wie kann man heute gegen Japan gehen, wo dieser „Erbfeind“ der Verbündete des besten Kunden ist? So wird denn gegen Deutschland gehetzt, mit dem die Vereinigten Staaten bisher im besten Einvernehmen gelebt haben, dessen gewaltige Wehrkraft jedoch am besten geeignet ist, die nötige Furcht zu erregen.

Mag auch die Propaganda vorwiegend der Profitgier dienen, mögen sich auch manche, die daran teilnehmen, ihrer Tragweite nicht bewußt sein, ihre Wirkung geht weit über ihren unmittelbaren Zweck hinaus. Ein unwesentlicher Zwischenfall kann den Anstoß zum offenen Konflikt geben. In kapitalistischen Kreisen spekuliert man schon über die Frage, welche wirtschaftlichen Vorteile ein Bruch mit Deutschland den Vereinigten Staaten bringen werde, und ist sich klar, daß ein diplomatischer Bruch mit Deutschland oder der Krieg nicht nur Anlaß zu großen heimischen Kriegsbestellungen geben, sondern auch die Schwierigkeiten aus der Welt schaffen würde, die infolge der Neutralität der Union in der Regelung der Finanzgeschäfte mit den Feinden der europäischen Zentralmächte entstanden sind. Man denke nur an die gewaltigen Reserven der amerikanischen Banken, die man nach der Ausmerzung der lästigen Neutralität für direkt kriegerische Zwecke — natürlich gegen gute Deckung und zu hohem Zins — ausleihen könnte.

Schiedsgerichtlicher Austrag des deutsch-amerikanischen Konfliktes?

London, 11. September. (W. T. B.) Die „Daily Mail“ meldet aus New York vom 12. d. M.: In Washington fand eine jener falschofpartigen Aenderungen in der Haltung zur Unterseebootfrage statt, die den Beobachter ständig in Erstaunen setzen. Gestern hieß es, die Lage sei kritisch, heute erklärt man ein Schiedsgericht für möglich. „Pearls“ „New York American“ veröffentlichte seinen typischen, England feindlichen Artikel, in dem das Blatt sagte, daß Deutschland größere Zugeständnisse mache als England, und daß der Streit einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll. Die Regierung zaudert. Ihre Stimmung erhellt aus einem Washingtoner Bericht der „New York Tribune“, in dem es heißt, die Regierung sei durch die sich häufenden Berichte von Senatoren und anderen Persönlichkeiten aus dem Süden und dem

mittleren Westen beunruhigt, die besagen, daß die Volksstimmung die Vermeidung des Krieges um nahezu jeden Preis fordere.

London, 11. September. „Daily Telegraph“ berichtet aus New York: Die Lage Wilsons ist keineswegs beneidenswert. Die große Mehrheit des Volkes will den Frieden, will aber auch, daß der Präsident entschlossen auftritt. Beides ist jedoch schwer vereinbar, da ein fortgesetztes entschlossenes Auftreten den Krieg herbeiführen kann. Washington scheint die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Volke zuschieben zu wollen, während das Volk bei der günstigen Geschäftslage die Verantwortung Washington überlassen möchte.

„Times“ meldet aus Washington, es sei bezeichnend, daß die Entrüstung der Presse über Deutschland von einer lebhaften Erörterung über die Möglichkeit eines Schiedsgerichtes und die Lösung der Krise begleitet sei. Dies sei namentlich im Westen der Fall.

Deutsche Wasserflugzeuge gegen russische Seestreitkräfte.

Amtlich. Berlin, 14. September. (W. T. B.) Am 12. September haben deutsche Wasserflugzeuge einen Angriff auf russische Seestreitkräfte im Rigaschen Meerbusen und auf Riga-Dänamünde gemacht. Ein der Flugzeuge sichtete vor der Bucht ein feindliches Flugzeug-Mutterschiff und besetzte es mit Erfolg mit Bomben; Brandwirkung wurde beobachtet. Ein anderes Flugzeug griff einen Zerstörer mit Bomben an und erzielte einen Treffer. Ein drittes entdeckte in der Arensburger Bucht ein feindliches Flugzeug und brachte ihm zwei Treffer bei. Dem vierten Flugzeug, das bei Zeeel einen Kampf mit zwei russischen Flugzeugen zu bestehen hatte, gelang es, an einen Zerstörer heranzukommen und auf ihn einen Treffer zu erzielen. Das fünfte traf zwei feindliche gestaute U-Boote vor Windau und bewarf sie mit zwei Bomben; der Erfolg konnte nicht festgestellt werden. Das letzte Flugzeug erzielte auf der zum Torpedobootsan für die russische Marine bestimmten Nihilgraben-Werft in Dänamünde sechs Treffer in den Werkstätten und auf den Hellingen. Die Werft geriet in Brand. Einem der Flugzeuge begegnete im Rigaschen Meerbusen ein russisches Segelschiff, welches versenkt wurde, nachdem die Mannschaft gerettet war.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 14. September. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht vom Montag nachmittag: Im Laufe der Nacht wurden mehrere Kämpfe mit Handgranaten in der Nähe der Straße von Vethune nach Arras, sowie ein leicht zurückgeworfener Angriff der Deutschen nördlich vom Bahnhof von Souchez gemeldet. Im Süden der Somme vor Fay dauert der Minenkampf hartnäckig an. Festes Kanonenseuer in den Abschnitten Armancourt und Beudraignes sowie auf den Hochflächen von Duennieviers und Roubroun. In der Champagne und in den Argonnen aussehendes Kanonenseuer. Auf der Vohbringer Front richteten unsere Batterien einen wirksamen Geschosshagel gegen die deutschen Schützengräben, Batterien und die Lager in der Umgebung von Savigneuil und Neuville bei Verry-au-Bac. Artilleriekämpfe mit Bomben in der Champagne, in den Argonnen und zwischen Raas und Mosel. Ausgehendes Bombardement in den Dogenen östlich von Reperal am Sudelkopf. Als Vergeltungsmahnahmen für die kürzlichen Bombardements von Lunville und Compiègne durch feindliche Flugzeuge überlag ein Geschwader von 19 Flugzeugen am 13. September morgens die Stadt Trier, die mit etwa hundert Granaten belegt wurde. Der Bahnhof und die Reichsbank wurden sicher getroffen. Dasselbe Geschwader warf bei seiner Rückkehr zu seinem Zugehörigkeitshafen, nachdem es in unseren Linien gelandet war, am Nachmittag 88 Granaten auf den Bahnhof von Dommary-Barroncourt. Andere Flugzeuge bombardierten aus geringer Höhe die Bahnhöfe von Donaucy-Hingen an der Donau und Warbach in einem Gebiet, in dem Truppenbewegungen gemeldet waren. Man konnte die Wirkung des Bombardements an den Zielen und an einem in Fahrt befindlichen Eisenbahnzuge feststellen, der anhalten mußte.

Neuer Luftschiffangriff gegen die englische Küste.

London, 13. September. (W. T. B.) Das Pressbureau meldet: Die englische Küste wurde gestern abend neuerdings von feindlichen Luftschiffen heimgesucht, die Bomben abwarfen. Es wurde niemand verletzt. Einige Telegraphendrähte sind zerrissen und einige Fensterscheiben zertrümmert worden. Das ist der ganze Schaden, der angerichtet worden ist.

Amsterdam, 14. September. (W. T. B.) Aus England hier eingetroffene Reisende erzählen, daß die Zeppeline in der Nacht vom 12. September bis nach Chiswick im äußersten Südwesten des Londoner Bezirks gelangten. Der angerichtete Schaden soll entgegen amtlichen englischen Meldungen sehr bedeutend sein.

Ein französisches Unterstaatssekretariat für Luftfahrwesen.

Paris, 14. September. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Die Regierung hat den Vorschlag des Kriegsministers Millerand für die Bildung eines neuen Unterstaatssekretariats des Krieges, dem die Leitung des militärischen Luftfahrwesens übertragen werden soll, angenommen.

Kitchener fordert noch viel größere Truppenmassen.

London, 14. September. (W. T. B.) „Daily Chronicle“ meldet: Kitchener legte dem Kabinett einen Vorschlag über die Zahl der Truppen vor, die er im nächsten Jahre auf dem Kontinent benötigten würde. Der Vorschlag sieht viel größere Truppenmassen, als jetzt im Felde stehen, vor. Es bestehe aber kein Zweifel, daß es möglich sein wird, alle nötigen Mannschaften in freiwilliger Rekrutierung aufzubringen.

Dom U-Bootkrieg.

Amuiden, 14. September. (W. T. B.) Die Besatzung des holländischen Dampfers „Somona“ sah Sonntag früh um 7 1/2 Uhr, drei Meilen vom Leuchtschiff Kenish Anod einen englischen Dampfer von ungefähre fünfstaufen Tonnen, der unterging. Die etwa 100 Mann starke Besatzung stieg an Bord einiger Fischdampfer, die in der Nähe fischten.

Kristiania, 14. September. (W. T. B.) Meldung des Rigaschen Bureaus. Nach einer telegraphischen Mitteilung des Führers des Dampfers „Hesperian“ ist das Schiff zweieinhalb englische Meilen südwestlich der Ballastklippen von einem deutschen Unterseeboot angehalten und ein englischer Untertan an Bord des Unterseebootes gebracht worden. Die norwegische Gesandtschaft in Berlin wurde angewiesen, namens der norwegischen Regierung bei der deutschen Regierung Protest einzulegen.

Kristiania, 14. September. (W. T. B.) Ein vor der hiesigen Küste operierendes deutsches Unterseeboot hat den Dampfer „Randulf Hanjen“, von Arendal nach England mit Pflanzen unterwegs, aufgebracht. Weiter verbrannte das Unterseeboot den mit Grubenholzern beladenen Schooner „Sandsbed“ aus Visseland. Die Mannschaft, bestehend aus vier Mann, wurde vom „Randulf Hanjen“ aufgenommen und später auf ein Segelschiff übergeführt, das die Mannschaft nach Elenford mitnahm. „Randulf Hanjen“ soll als Preise nach Deutschland gebracht worden sein.

Zur Versenkung der „Arabic“.

London, 13. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Oberst Concannon von der White Star Line hat gestern in einer Besprechung mit einem Vertreter der „Daily News“ gesagt: Die Offiziere der „Arabic“ haben erklärt, daß das Unterseeboot nicht gesehen worden sei. Es war also unmöglich, den Versuch zu machen, das Unterseeboot zu rammen. Aus demselben Grunde ist auch kein Versuch gemacht worden, zu entkommen, noch auch die ursprüngliche Fahrtrichtung zu verändern, um auf das Unterseeboot loszusteuern. Das gehe schon aus der Tatsache hervor, daß der Dampfer am Heck vom Torpedo getroffen worden sei.

Zur Versenkung der „Hesperian“.

Berlin, 14. September. (W. T. B.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, erscheint es auf Grund der bisher vorliegenden Nachrichten im Zusammenhalt mit den an amtlicher Stelle bekannten Tatsachen so gut wie ausgeschlossen, daß ein deutsches Unterseeboot für die Versenkung des englischen Passagierdampfers „Hesperian“ überhaupt in Frage kommt.

Zunächst befand sich nach der planmäßigen Verteilung am 4. September d. J. kein deutsches Unterseeboot in dem Seegebiet, in dem „Hesperian“ versenkt worden ist. Ferner ist nach den hier vorliegenden Schilderungen aus englischer Quelle die Explosion eine derartige gewesen, daß aus ihren Wirkungen eher auf eine Mine als auf einen Torpedoschuß geschlossen werden muß. Für diese Annahme spricht auch der Umstand, daß nach den vorliegenden Schilderungen das Schiff nahe dem Vordersteven getroffen worden ist und die zwei vordersten Räume sich mit Wasser füllten.

Verhandlungen des Grafen Bernstorff mit dem Staatssekretär Lansing.

New York, 14. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Ein Drahtbericht aus Washington besagt: Graf Bernstorff sei, durch die Möglichkeit des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen beunruhigt, dort angekommen, um mit Staatssekretär Lansing eine Besprechung zu haben, und Klarheit zu schaffen. Die Entscheidung dürfte heute oder morgen fallen. Die Regierung habe bereits beschlossen, welchen Weg sie einschlagen werde. Die Lage sei deshalb schwierig, weil Deutschland sich weigere, im Falle der „Arabic“ Schadenersatz zu leisten. Das werde als Bruch des deutschen Versprechens über die Sicherheit der Amerikaner auf See betrachtet. Dieser Punkt könne nicht den Gegenstand eines schiedsrichterlichen Spruches bilden. Man glaube ferner, daß Graf Bernstorff die Mitteilung eines New Yorker Blattes, wonach er gesagt haben soll, der Krieg sei unvermeidlich, wenn die Beziehungen abgebrochen würden, entschieden in Abrede stellen werde. Amtliche Kreise, die sich für die Wichtigkeit der Mitteilung jedoch nicht verbürgen können, glauben, daß die Äußerung vom Grafen Bernstorff oder seinen Freunden in die Presse gebracht wurde, um das Staatsdepartement zu verwirren oder den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu verhüten. Nach einer anderen Meldung aus Washington hat die Regierung über den deutschen Vorschlag in der Angelegenheit der „Arabic“ noch keinen Beschluß gefaßt. Man lasse in amtlichen Kreisen durchblicken, daß sowohl Deutschland wie die Vereinigten Staaten der Ansicht seien, daß die Entscheidung über die Frage der Vergütung des Schadens zugleich eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des deutschen Vorgehens in sich schließen würde.

Eine Mitteilung des Auswärtigen Amtes an Norwegen.

Kristiania, 13. September. (W. T. B.) Das Auswärtige Amt in Berlin hat durch die norwegische Gesandtschaft in Berlin dem hiesigen Auswärtigen Amt über die Versenkung des norwegischen Dampfers „Svein Jarl“ folgendes mitteilen lassen: Das von der norwegischen Regierung übergebene Material ist unverzüglich den deutschen Marinebehörden mitgeteilt und von diesen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen worden. Nach ihren Feststellungen lassen die Angaben der Seeverklärung, verglichen mit den Meldungen der heimgekehrten deutschen Unterseeboote, darauf schließen, daß der „Svein Jarl“ identisch ist mit einem von einem deutschen Unterseeboot am 9. Juni nachts 1 Uhr in 66 Grad 40 Minuten nördlicher Breite und 0 Grad 40 Minuten westlicher Länge durch einen Torpedoschuß versenkt bisher unbekannt gebliebenen Dampfer. Da an diesem Dampfer keine neutralen Kennzeichen bemerkbar waren, insbesondere auch eine Beleuchtung weder für derartige Abzeichen noch für die Platte zu sehen war, mußte der Dampfer von dem Unterseeboot für ein feindliches Schiff gehalten werden. Das Fehlen der Beleuchtung wird von den norwegischen Zeugen selbst zugegeben. Die Schuld trifft daher allein den Führer des Dampfers, der dies im Kriegsgebiete versäumt hat, so daß eine völkerrechtliche Verpflichtung des Deutschen Reiches zur Leistung von Schadenersatz nicht anerkannt werden kann. Wenn die deutsche Regierung sich gleichwohl bereit erklärt, in diesem Falle für den den beteiligten Norwegern entstandenen Schaden eine Vergütung zu ge-

währen, so geschieht das mit Rücksicht auf die von ihr lebhaft beklagten Verluste an Menschenleben, die der Vorfall zur Folge gehabt hat, und in der Erwartung, daß die norwegische Regierung diesen Beweis freundschaftlicher Gesinnung besonders anerkennen wird. Sie darf der norwegischen Regierung anheimstellen, ihr ebenso wie in den Fällen des „Belridge“ und der „Mirerba“ einen Sachverständigen zu bezeichnen, der gemeinsam mit einem deutschen Sachverständigen die Höhe der Entschädigung festzusetzen haben würde. Die deutsche Regierung muß jedoch ernstlich darauf hinweisen, daß sie in Zukunft nicht mehr in der Lage sein wird, in solchen Fällen, in denen die Besatzung neutraler Schiffe die Gefahren des seit einem halben Jahre geführten deutschen Unterseeboottkrieges geradezu herausfordert und die ihr von deutscher Seite empfohlenen einfachen Vorsichtsmaßnahmen verabsäumt, irgendeine Verantwortung für etwa eintretende Verwickelungen des neutralen mit einem feindlichen Schiffe zu übernehmen.

Die indischen Grenzkämpfe.

London, 14. September. (W. T. B.) „Morning Post“ meldet aus Kalkutta: Die Vorposten der englischen Truppen in Buxhir wurden Mittwoch und Donnerstag von 600 Eingeborenen angegriffen. Der Feind wurde durch Kavallerie und Artillerie verhindert, ein trodenes Flußbett, das die Infanterie vom Festlande trennt, zu überschreiten. Die englischen Verluste sind unbedeutend, der Feind verlor über 40 Mann. — Dasselbe Blatt meldet aus Kalkutta, daß bei dem scharfen Gefecht von Chahlabd am 6. September die englische Front vier Meilen lang war und daß drei englische und sechs indische Regimenter, sowie fünf Batterien am Kampfe teilnahmen. Die Generale Dunsterville und Christian befehligten die Infanterie, General Crooder die Kavallerie, General Campbell leitete die Operationen vom Fort Chahlabd aus. Der Verlust des Feindes wird auf 1100 Mann geschätzt. Die Lazaretten sind vollständig zerstreut.

Zur Haltung der russischen Sozialdemokratie.

Von einem russischen Genossen wird uns aus Dänemark geschrieben: Zur Charakteristik der Haltung der sozialdemokratischen Dumafraktion seien nachstehend einige Stellen aus der Deklaration der Dumafraktion wiedergegeben, die vom Genossen Tschelise in der Duma verlesen und in den Zeitungen nur teilweise veröffentlicht worden ist:

„Das vor einem Jahre angekündigte Programm eines Befreiungskrieges, — eines Krieges für die Verwirklichung der Grundzüge des Rechtes und der Gerechtigkeit, für die Heiligkeit der internationalen Verträge, für die Befreiung der bedrückten Völker — hat nunmehr sein wahres Gesicht gezeigt. Es sind alle diejenigen entlarvt, die die unermesslichen Leiden der Völker durch die Befreiungskriege dieses Krieges rechtfertigen wollten. Nur kurze Zeit konnte man den Völkern den wahren Sinn der Ereignisse verheimlichen. . . Der Wille zum Frieden wird immer härter und beginnt in einen direkten Kampf für den Frieden überzugehen. Vor einem Jahre haben wir an dieser Stelle unsere Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die Völker aus diesem Kriege eine Lehre ziehen werden. Diese Überzeugung beginnt sich nunmehr zu bewahrheiten. In Deutschland beginnt das Proletariat seine Stimme gegen den Krieg und für den Frieden zu erheben. Wir begrüßen diesen ersten Schritt unserer Genossen. . . Der Kampf für einen Frieden, der für alle Kriegsteilnehmer annehmbar ist, für den Frieden ohne irgendwelche Annexionen, ohne irgendwelche Gewalt irgend jemand anzutun, für einen Frieden auf Grund der Selbstbestimmung der Völker, der von den Völkern selbst und nicht durch die unverantwortlichen Diplomaten geschlossen wird, der Kampf gegen den Militarismus in allen seinen Erscheinungsformen, für die Vollstreckung und die Befreiung der Kämpfer — das ist die gemeinsame Aufgabe des ganzen internationalen Proletariats, und diesem Programm bleibt auch die Arbeiterklasse von ganz Rußland treu. Aber der Kampf für den Frieden ist für die Arbeiter Rußlands noch mehr als in anderen Ländern mit der Aufgabe verknüpft, die völlige innere Befreiung des Landes und die radikale Demokratisierung seiner Verfassung herbeizuführen. (folgt eine schonungslose Kritik der Politik der Regierung und der sie unterstützenden Dumamehrheit). Die Politik gegenüber den Arbeitern, den Juden und den Finnländern ist die alte geblieben. Auch die Polen und die Ukrainer werden trotz der heuchlerischen Versprechungen der Regierung ebenso wie vorher unterdrückt und vergewaltigt. Um sich zu retten, hat die Regierung das Land an den Rand eines Abgrundes gebracht. Wenn das Volk sich nicht erhebt und die Geschicke des Landes nicht in seine eigenen Hände nimmt, ist ein völliger Ruin Rußlands unabwendbar. Entweder erfüllt die Duma diese Grundaufgabe, oder sie wird vom Volke beiseite geschoben. Alle partiiellen Aufgaben, alle einzelnen Forderungen des Volkes müssen vor dieser allgemeinen Aufgabe zurücktreten. Die Regierung muß verschwinden und das Volk muß die Geschicke des Landes in seine Hände nehmen.“

Zur Charakteristik der Stimmungen in der Arbeiterklasse, speziell in der Fraktion der „Menschewiks“ (Richtung Axelrod) und des Organisationskomitees seien folgende Tatsachen mitgeteilt:

An der Wolga fand eine Konferenz der „Menschewiks“ statt. Es nahmen teil Vertreter aus fünf Städten (Samara, Saratow usw.); die Teilnehmer waren ausschließlich Arbeiter; es wurde beschlossen, einen Frieden ohne Annexionen zu fordern. — Eine Konferenz der „Menschewiks“ aus vier Städten des Südens (Charkow u. a.) hat die gleiche Resolution angenommen (Teilnehmer nur Arbeiter).

In Petersburg ist die sogenannte „Initiativgruppe“ wieder hergestellt. Es hat sich eine Zentralgruppe gebildet, der in den einzelnen Arbeitervierteln Zweigorganisationen angegliedert sind. Der Organisation gehören meist Metallarbeiter an. Diese Organisation hat sich gleichfalls auf den Standpunkt des „Friedens ohne Annexionen“ gestellt. Auf demselben Standpunkt (Kampf für den Frieden ohne Annexionen) stehen auch das „Organisationskomitee“ und die Dumafraktion.

In der Frage der Teilnahme an den Kriegsindustrierräten (bekanntlich sind die Arbeiter von den Unternehmern aufgefordert worden Vertreter in die provinziellen Kriegsindustrierräte in den Zentralindustrierrat zu senden) sind die Meinungen geteilt. Die meisten Genossen neigen zu der Ansicht, daß man an den Vertreterwahlen teilnehmen soll, um sie zur Agitation für den Frieden auszunutzen. In Petersburg erschienen zwei Kammern der Zeitung „Utro“ (Morgen), die vom Organisationskomitee gegründet war. (Die Zeitung ist inzwischen verboten worden. D. Red.) Der Standpunkt der Zeitung entsprach der eben gekennzeichneten Haltung des Organisationskomitees, es wurden aber auch Artikel veröffentlicht, die eine andere Richtung zum Ausdruck brachten. Diese andere Richtung steht auf dem Boden der „bedingten Verteidigung“, d. h. Rußland soll verteidigt werden, wenn die deutsche Regierung keinen Frieden ohne Annexionen mit einem demokratischen Rußland schließen will.

„In Iwanowo-Boneffens! (einem wichtigen Industriezentrum) fanden politische Arbeiterdemonstrationen statt. Die Hauptforderung war die politische Amnestie oder wenigstens die Befreiung aller in J.-Wos. verhafteten Arbeiter. Die lokale Administration wollte aber nur 7 verhaftete Arbeiter freilassen. Darauf fand vor dem Stadtgefängnis eine Demonstration statt, die mit einer Schießerei seitens der Polizei endete. Die Zahl der Verwundeten und Toten konnte noch nicht festgestellt werden.“

In Moskau fanden gleichfalls Unruhen statt anlässlich des Mangels von Wechselgeld. Bei diesem Anlaß sind 4 Personen von der Polizei getötet worden.

Die Duma will sich in Permanenz erklären.

Elberfeld, 14. September. (W. T. B.) Der „Elberfelder Generalanzeiger“ meldet aus Petersburg: Der linke Block der Duma habe am Sonnabend einen Antrag mit zweihundert Unterschriften eingebracht, wonach die Duma beschließen wolle, sich bis zum Friedensschluß in Permanenz zu erklären.

Schwere Strafandrohungen des Generalgouverneurs in Brüssel.

Brüssel, 14. September. (W. T. B.) Der Generalgouverneur erläßt folgende Verordnung: Wer es unternimmt, andere durch Aufstellung von Verurteilungslisten oder Androhung von Nachteilen oder ähnliche Mittel in ihrem Vermögen oder ihren Erwerbsmöglichkeiten deswegen zu schädigen, weil sie Deutsche sind, mit Deutschen Beziehungen unterhalten oder eine deutschfreundliche Haltung zeigen, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft. Auf Geldstrafe kann auch neben der Gefängnisstrafe erkannt werden. — Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der aus einem der bezeichneten Gründe einen anderen beleidigt oder mißhandelt, oder der durch Androhung von Nachteilen oder ähnliche Mittel andere zu hindern sucht, eine deutschfreundliche Haltung zu zeigen.

Wird eine der nach Absatz 1 oder 2 strafbaren Handlungen von mehreren gemeinschaftlich begangen, die sich zu diesem Zwecke verbunden haben, so wird jeder Teilnehmer an einer solchen Verbindung als Täter bestraft. Die Strafe kann in diesem Falle auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden.

Ein belgischer Protest.

Le Havre, 14. September. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die belgische Regierung protestierte bei den neutralen Staaten dagegen, daß Deutschland belgisches Eisenbahnmateriale entferne, da das eine Verletzung der Befehle der Kriegführung sei.

Hervé über die Internationale.

„Es gibt keine Internationale mehr“, so sagt Hervé im Leitartikel der „Guerre Sociale“ vom 7. September: Die „Internationale Sozialdemokratie“ soll nach Ansicht englischer Sozialisten die Macht und die Befugnis haben, den Frieden in Europa herbeizuführen. Der Krieg hat jedoch das schöne Ideal einer „Internationalen“ jenseits gemacht. Die französische Sozialdemokratie hat mit den Sozialisten des Kaisers, die für die Verletzung der belgischen Neutralität kein Wort des Tadelns gefunden haben, nichts gemein; der schlimmste französische Reaktionsär steht ihr näher, als ein deutscher Sozialdemokrat. Die deutschen Sozialisten sind Idioten und in politischer Hinsicht 200 Jahre hinter den Franzosen zurück, denn diese haben sich ernstlich bemüht, den Ausbruch des Krieges zu verhindern und haben sich deshalb scharfe Angriffe gefallen lassen müssen. Was haben dagegen die Deutschen getan? — Nichts. Jetzt ist das Unglück da, und die französischen Sozialisten können nichts anderes tun, als daraus wenigstens heilsame Folgen für die Menschheit herbeizuführen. Will man von einem „Willen Gottes“ reden, dessen „Wege unerforschlich sind“, so ist es sicherlich sein Wille, daß alle die unterdrückten Völker — Engländer, Dänen, Polen, Rumänen, Serben, Bosniaken, Italiener, Bulgaren, Griechen, Juden, Armenier, Araber —, die jetzt unter fremdem Joch schmachten, befreit werden. Sein Wille ist es dann auch, daß die Häuser Habsburg und Hohenzollern verschwinden und daß in Rußland an die Stelle des autoritären Zarenthums allmählich eine parlamentarische Regierung tritt. In diesem Sinne sind auch die französischen Sozialisten Soldaten Gottes und Soldaten des Rechtes, und es wäre ein Verbrechen, der Gerechtigkeit in den rühmlichen Arm zu fallen.“

Zum Glück ist das, was Hervé über die sozialistische Internationale oder einzelne ihrer nationalen Gruppen sagt, von keinem Belang. Daß er jetzt während des Krieges als temperamentvoller Journalist, der neben sehr viel Dreckem auch manchmal etwas Wahres sagt, besonders viel von sich reden macht, liegt einerseits an den Jenseitverhältnissen, die einem in den tollsten Widersprüchen sich bewegenden Wirrwirr sehr viel Spielraum gewähren, als einem klaren und logischen Politiker, andererseits an der Sucht, Leute feindselig für Zwecke der kriegerischen Stimmungsmache auszunutzen.

Vertreter des französischen Sozialismus ist Hervé in keiner Weise. Wenn man es nicht bereits wüßte, daß die Strömung in breiten französischen Arbeiterkreisen eine ganz andere ist, würde man gerade durch Hervés delirante Schimpfereien darauf gestochen werden. Denn wenn man solche Töne anschlagen zu müssen glaubt, muß es um die Kriegsbegeisterung der französischen Proletariatsmassen nicht zum Besten aussehen!

Zum Wiederzusammentritt des englischen Parlaments.

London, 14. September. (W. T. B.) Der parlamentarische Berichterstatter der „Times“ schreibt zum heutigen Wiederzusammentritt des Parlaments: Die Gesetzgebung findet drei Aufgaben vor, den Haushaltsplan, die Verlängerung der jetzigen Legislaturperiode bis zum Ende des Krieges und die Festsetzung der Kriegspensionen. Der Berichterstatter erklärt, die Regierung werde das Parlament noch den Ferien verändern und in mehr kritischer Stimmung vorfinden. Zwei gemäßigtere Liberale, Holt und Lawley, würden die Einsetzung eines Ausschusses beantragen, der die Kriegführung der Regierung untersuchen solle. Diese Tatsache bekunde eine wachsende Unzufriedenheit mit der Regierung. Es müsse eine sehr offene Sprache über die Kriegführung erwartet werden.

Lord Fraser schreibt in der „Daily Mail“ über die bevorstehende Tagung des Parlaments, sie werde für die Regierung sehr kritisch werden. Es werde nicht überraschen, wenn politische Erdbeben stattfinden würden. Die Stimmung Englands werde durch beträchtliche Unruhmigungen gekennzeichnet. Man frage sich, ob man die richtige Regierung für die Kriegführung habe. Das Volk wolle sich jedenfalls im Parlament Gehör verschaffen. Anzeichen seien vorhanden, daß die Welt, und einige vom Krieg unmittelbar betroffene Länder, nicht imlande sein würden, mehr als noch einen Sommerfeldzug auszuhalten. Die Verbündeten müßten

dafür für das nächste Jahr ein Höchstmaß von Anstrengungen aufwenden. Die allgemeine Wehrpflicht müsse sofort beschloffen werden, sonst sei es zu spät.

Lloyd Georges Mahnung.

London, 14. September. (W. T. B.) Die Rede Lloyd Georges zu seinen Kriegserleben, die im Auszuge bereits gemeldet wurde, lautet: Nach zwölf Monaten des Krieges ist meine Überzeugung stärker denn je, daß England dem Kriege nicht fern bleiben konnte, ohne seine eigene Sicherheit zu gefährden und seine Ehre zu beeinträchtigen. Wir hätten nicht zynisch mit beschränkten Armen zusehen können, während ein Land, dem wir das Versprechen unseres Schutzes gegeben hatten, von einem Mißgeschick verheert und zerstört wurde. Wenn britische Frauen und Kinder auf hoher See von deutschen Unterseebooten brutal getötet worden wären, hätte die Nation darauf bestanden, das kinder-mörderische Reich zu strenger Verantwortung zu ziehen. Alles, was seit der Kriegserklärung geschehen ist, hat klar bewiesen, daß ein Militärsystem, das so wenig Rücksicht auf die bona fides, ehrenhafte Verpflichtungen und die elementaren Gefühle der Menschlichkeit nahm, eine unbeschränkte Bedrohung der Zivilisation darstellte; und trotz der schrecklichen Kosten, die seine Zerstörung erheischt, verlangt das Wohlergehen der Menschheit, daß es zerstört werde. Die Tatsache, die durch die Ereignisse erwiesen ist, daß die Macht der Militärclique die düstersten Voraussetzungen übertrieben hat, ist ein weiterer Grund für ihre Zerstörung. Die widrigen Ereignisse des Krieges haben meinen Glauben an den schließlichen Sieg nicht geschwächt, wofür die Alliierten all ihre Kraft anspannen, ehe es zu spät ist. Obwohl die Hilfsquellen Englands, Frankreichs, Italiens und der ganzen industriellen Welt zur Verfügung der Alliierten stehen, besitzen dennoch die Zentralmächte eine überwältigende Ueberlegenheit an Kriegsmaterial und Ausrüstung, eine besagene Tatsache; es ist genau das, was man vorhersehen konnte. Die eiserne Ferkel der Deutschen sank tiefer denn je in den Boden Belgiens und Frankreichs. Polen ist ganz deutsch, Litauen folgt schnell. Die russischen Festungen, die für unüberwindlich galten, fallen wie Sandburgen vor der unwiderstehlichen Flut der deutschen Invasion. Wann wird diese Flut zurückgedrängt oder zurückgebrängt werden? Sobald die Alliierten mit einem Ueberfluß an Kriegsmaterial versehen sind. Ich führe diese unerfreuliche Tatsache an, weil ich meine Landsleute dazu aufstacheln möchte, alle Kräfte anzuspannen, um die Lage zu verbessern. Es ist die unangenehmste Aufgabe, die einem im öffentlichen Leben stehenden Manne zufallen kann, auf solche Dinge hinzuweisen. Aber wer solchen Tatsachen nicht ins Gesicht sehen will, und nicht sein Bestes tut, damit auch die anderen ihnen ins Gesicht sehen, bis sie wieder gut gemacht sind, übt Hochverrat. In den Ländern der Alliierten gab es ein großes Erwachen. Gewaltige Anstrengungen wurden gemacht, um die Heere auszurüsten. Wir leisteten Außerordentliches, aber können wir nicht noch mehr leisten? Spannen wir alle Muskeln an, um die verlorenen Zeit einzuholen, bekommen wir alle Männer, die wir im nächsten Jahre an die Front stellen wollen, nur deshalb, damit wir uns behaupten können, verliert jedermann, der helfen kann, daß Schläffigkeit den Ruin bedeutet? Wieviele in England verstehen die volle Bedeutung des russischen Rückzuges? Lloyd George schließt seine Rede, wie bereits gemeldet, mit der Mahnung zum höchsten Opferm.

Bewegung der englischen Eisenbahner.

London, 14. September. (W. T. B.) „Times“ erörtert die Bewegung unter den Eisenbahnern, deren ausführender Ausschuss gestern tagte. Nächsten Sonntag werden im ganzen Lande Versammlungen von Eisenbahnern stattfinden, die nicht von den Führern, sondern von den Leuten selbst einberufen sind, um auf den Ausschuss einen Druck auszuüben. Die „Times“ bezeichnet die Lage als gefährlich, wofür nicht klug gehandelt werde, und rät der Regierung und den Direktoren der Bahngesellschaften, ganz gegen ihren sonstigen Standpunkt, dringend, den Lohnforderungen der Arbeiter entgegen zu kommen.

Internationale Besprechung von Sozialisten.

Rom, 14. September. (W. T. B.) „Avanti“ teilt mit, in diesen Tagen habe eine äußerst wichtige Tagung der internationalen Sozialdemokratie stattgefunden. Vierzig Vertreter von zwölf Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, seien anwesend gewesen. Nach viertägiger Beratung sei einstimmig beschlossen worden, eine Kundgebung in französischer und deutscher Sprache zu veröffentlichen, die von je zwei Sozialdemokraten beider Nationen unterschrieben sei.

Letzte Nachrichten.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen.

Washington, 14. September. (W. T. B.) (Durch Funk-spruch unseres Privatkorrespondenten.) Die „Associated Press“ meldet: Graf Bernstorff und Lansing hatten eine halb-tägige Besprechung über die durch den Untergang der „Arabic“ geschaffene Lage. Man glaubt allgemein, daß die Vereinigten Staaten in formelle Verhandlungen eintreten, es notwendig sein wird, daß Deutschland seine Versicherung, mit den Angriffen von Unterseebooten auf Passagierschiffe aufzuhören, bestätigt.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 14. September. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Auf der Dardanellenfront in den Abschnitten von Anaforta und Ariburun überfielen in der Nacht zum 13. September unsere Aufklärungscolonnen erfolgreich verschiedene Stellen der feindlichen Gräben. Am 13. September beschloß unsere Artillerie mit Erfolg feindliche Truppenansammlungen und Verproviantierungskolonnen und zerstörte sie, indem sie ihnen Verluste beibrachte. In der Gegend von Ariburun zerstörten wir bei Dulcefirt eine feindliche Artillerieposition sowie zwei auf verschanzte Beobachtungsstellen des Feindes. Bei Seddulbahr beschloß die feindliche Artillerie während einer halben Stunde Teile unserer Gräben im Zentrum, ohne eine Wirkung zu erzielen. Sonst nichts von Bedeutung.

Als Landesvertreter erschossen.

Strasbourg, 14. September. (Z. U.) In Mülhausen im Elsaß wird durch Anschlag bekanntgegeben: Erschossen wurde heute der Kaufmann Alfred Rauer, Expediteur und Großkaufmann. Er hatte das Vaterland an Frankreich verraten und war deshalb vom Kriegsgericht der Etappenkommandantur Mülhausen zum Tode verurteilt worden. Armeehauptquartier, den 13. September. Der Oberbefehlshaber.

Gewerkschaftliches.

Tag- oder Nacharbeit der Bäcker.

Die Frage, ob die Bäcker mit einer dauernden Beseitigung der Nacharbeit rechnen können, steht vor ihrer Entscheidung. Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren hatte deshalb gestern abend nach Obigios Saal in der Koppenstraße eine öffentliche Versammlung der Bäckergehilfen einberufen, die sehr stark besucht war. Nach Eröffnung der Versammlung teilte der Vorsitzende Schneider mit, daß der zum Besuch der Versammlung eingeladenen Obermeister und Vorsitzenden des Zentralverbandes der Bäckerinnungen, Fritz Schmidt, geschrieben habe, sein Nichterscheinen sei vom Zentralverband beschloffen mit der Begründung, daß fast alle Vertreter der Groß-Berliner Bäckerinnungen auf dem Boden der neuen Regierungsverordnung stehen und Herr Schmidt bei der Behörde dafür eintreten werde. Der Germania-Innungsverband verlange nicht die Beibehaltung der Nacharbeit, sondern er verhalte sich in dieser Frage neutral, weil eine Anzahl seiner Bezirksverbände für die Nacharbeit seien. Diesen Verbänden sei Gelegenheit gegeben, erneut zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Schneider bemerkte hierzu, daß am heutigen Mittwoch im Ministerium des Innern eine Aussprache zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfinden, deren Grundlage die neue Bundesratsvorlage sein solle, welche die Nacharbeit im Bäckereigewerbe in der Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verbietet. Die Frage der endgültigen Beseitigung sei damit ihrer Lösung näher gerückt. Die Haltung des Germania-Innungsverbandes sei sehr zweifelhaft. Sie könne nicht als neutral angesehen werden.

Hierauf nahm der Referent, Verbandsvorsitzender A. I. M. a. n. Hamburg das Wort. Er verwies auf die wissenschaftlich festgestellten durch die Nacharbeit verursachten gesundheitlichen und kulturellen Schädigungen. Dann schilderte der Redner die Kämpfe, welche der Verband seit vielen Jahren für die Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit führt. Der Erfolg dieser Kämpfe war, daß bis zum Beginn des Krieges 253 Tarifverträge für 17 000 Bäckergehilfen bestanden, von denen 11 000 auf Grund der Tarife einen Ruhetag in jeder Woche haben. In der Beseitigung der Nacharbeit hatte der Verband keinen Erfolg. Sie kann nur durch Gesetz beseitigt werden. Nun hat der Krieg die Bundesratsverordnung gebracht, welche die Nacharbeit verbietet. Die Meister fürchteten, das Gewerbe würde dadurch schwer geschädigt werden. Doch diese Befürchtung ist nicht eingetroffen. Es hat sich im Gegenteil gezeigt, daß die Meister, besonders auch die Kleinen, manchen geschäftlichen Vorteil durch die Tagesarbeit haben. Infolge dessen ist die Zahl der Meister, welche für Beibehaltung der Nacharbeit sind, immer größer geworden, und ihre überwiegende Mehrheit hat sich gegen Wiedereinführung der Nacharbeit erklärt. — Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren hat in Gemeinschaft mit den christlichen und kirchlichen Dunderschen Organisationen eine Petition an den Bundesrat gerichtet. Derselbe fordert ein Verbot der Nacharbeit für die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden für Gesellen und 9 Stunden für Lehrlinge. Die Sonntagsarbeit soll gänzlich verboten werden.

Diese Forderungen werden die Arbeitervertreter bei der heutigen Aussprache im Ministerium vertreten. Es wird auch, im Gegensatz zur Regierungsvorlage, gefordert werden, daß die Bestimmungen im ganzen Reich einheitlich sein sollen und keine Handhabe geboten wird, welche jeder Gemeinde oder jedem Polizeibezirk die Möglichkeit gibt, abweichende Bestimmungen zu treffen. — Unter lebhaftem Beifall schloß der Redner mit der Versicherung, daß der Kampf für die endgültige Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit durchgeführt werde bis zum vollen Erfolg.

Bäckermeister J. G. n. Breslau, der namens der Freien Vereinigung der Bäckermeister sprach, stellte sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Referenten, wünschte aber, daß es bei dem durch die gegenwärtig geltende Verordnung geschaffenen Zustand bleibe, also die Arbeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens verboten ist.

Berlin und Umgegend.

Eine Drohung des Kriegsbekleidungsamts

nannte in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission für die Militärschneider ein besagter Unternehmer den Hinweis, daß er, wenn er die tarifmäßigen Löhne nicht zahlen würde, keine Militärlieferung mehr in Auftrag erhielte. In diesem Falle klagte der Schneiderverband gegen einen Zwischenmeister auf Nachtragszahlung, der wiederum seine Auftraggeber regreßpflichtig machte. Die Sache hat schon mehrere Male die Schlichtungskommission beschäftigt. Sie endete im Vergleichsweg, indem an Runge als den Vertreter der klagenden Arbeiterinnen insgesamt 650 M. gezahlt werden.

Im nicht weniger als 3272,70 M., die der Schneiderverband von einer Zwischenmeisterin nachforderte, drehte es sich bei der folgenden Klage. Die Zwischenmeisterin verlangt nunmehr diese Summe von ihrer Auftraggeberin. Der Inhaber derselben erklärte unter anderem, er hätte die Arbeit nur aus Gutmutigkeit anfertigen lassen, worauf ihm Runge antwortete: „Nunmehr, zu einer Zeit, wo gar keine Arbeitskräfte aufzutreiben waren, haben Sie Arbeiter aus reiner Gutmutigkeit beschäftigt.“ Da der Unternehmer indes nachweisen konnte, daß er die Lieferungen unter besonderen Abschlußbedingungen von einem Amt übernommen hatte, kam eine Einigung auf folgender Basis zustande: Die Zwischenmeisterin erhält von dem Unternehmer 20 M., Runge für die klagenden Arbeiterinnen 400 M.

Deutsches Reich.

Petroleum für die Tabakarbeiter.

Der Senat von Hamburg hat auf eine Eingabe der Hamburger Gewerkschaft des Tabakarbeiterverbandes die Gewerbeinspektion beauftragt, ihm Vorschläge über die Regelung der Petroleumfrage für die Zigarrenhausarbeiter zu machen. Es fand dann eine Aussprache der Gewerbeinspektion mit der Gewerkschaft statt. Als zweckentsprechend wurde folgendes gehalten: Es sollen Petroleumarten an die Hausarbeiter abgegeben werden. Die Versorgung mit Petroleum soll von einem Hamburger Petroleumhause erfolgen und findet die Abgabe an die Hausarbeiter in den Verkaufsläden des Konsumvereins „Produktion“ statt. Der Senat wird zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen.

Die Regierung in S. h. e. w. i. g hat dem Gewerkschaftsleiter der Tabakarbeiter die Eingabe mit dem Anheimgenben zurückgerichtet, sich an die zuständigen Gemeindebehörden zu wenden. Daraufhin sind die entsprechenden Eingaben an die Magistrate der Städte Altona, Wandsbek und Bredstedt und an den Landrat in Pinneberg gerichtet worden.

Die Regierung in S. t. a. d. e. teilt mit: „Auf Ihre Eingabe vom 18. d. M. betr. Petroleumbeschaffung teile ich mit, daß ich die Herren Landräte in Ahim, Blumental, Osterholz und Verden darauf hingewiesen habe, daß Bedürfnisse an Petroleum bei der Zentralstelle für Petroleumverteilung, z. B. des Herrn Fritz Hoyer, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 15, angemeldet werden können, und ich stelle Ihnen anheim, sich mit entsprechendem begründeten Anträgen an die bezeichneten Herren Landräte zu wenden.“

Die Gewerkschaft hat daraufhin je eine Eingabe an die genannten Herren Landräte gerichtet.

Der Landrat in Ahim hat dem Tabakarbeiterverband zum Zwecke entsprechender Verwendung bei der Zentralstelle für Petroleumverteilung folgende Bescheinigung ausgestellt:

„Im Kreise Ahim wohnen einige hundert Tabakarbeiter, die in der kommenden dunklen Zeit mit Petroleum versorgt werden müssen. Es wird daher wünschenswert gehalten, daß die Versorgung der Tabakarbeiter mit Petroleum aus wirtschaftlichen Gründen dringend erforderlich ist. Zurzeit ist Petroleum nicht oder nur in einzelnen Verkaufsstellen zum Preise von 62 Pf. für das Pfund zu haben. Diese Preise kann der Zigarrenmacher nicht bezahlen.“

Der Landrat in Osterholz teilte der Gewerkschaft des Tabakarbeiterverbandes folgendes mit:

„Vor Ihr gest. Schreiben vom 30. August 1915 hier eingegangen, hatte ich mich bereits an die Zentralstelle für Petroleumverteilung in Berlin wegen Lieferung von Petroleum an die im hiesigen Kreise vorhandenen Tabakarbeiter gewandt. — Es ist mir nun heute mitgeteilt worden, daß seitens der Reichsleitung die Frage, in welcher Weise den Heimarbeitern am zweckmäßigsten beschränkte Mengen Petroleum geliefert werden können, in Kürze durch die Zentralbehörden geregelt sein und daß deshalb empfohlen würde, das Weitere in dieser Hinsicht zunächst abzuwarten. Ich werde die Angelegenheit im Auge behalten.“

Und auf eine Eingabe an die Zentralstelle für Petroleumverteilung in Berlin ging ein Schreiben mit nachfolgendem Inhalt ein:

„Von Ihren gest. vorgelegten Ausführungen haben wir bestens Kenntnis genommen. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß in bezug auf die teilweise zu ermöglichende Versorgung der Heimarbeiter mit Petroleum von der Reichsleitung in Kürze Maßnahmen getroffen werden, mit deren Durchführung sich die Bundesregierungen resp. Zentralbehörden zu befassen haben werden, können wir die Ihnen erwünschte Petroleumlieferung nicht ohne weiteres veranlassen. Wir reichen daher die uns eingehende Bescheinigung wieder zurück, indem wir Ihnen anheimgeben, sich mit Ihrem Gesuch aufs neue an die zuständige Zentralbehörde wenden zu wollen.“

Demnach hat es die Reichsregierung übernommen, eine Regelung der Frage, wie die Hausarbeiter am zweckmäßigsten mit Petroleum zu versorgen sind, zu schaffen.

Aus Industrie und Handel.

Die Schweiz als Kriegslieferantin.

Dem „Grütländer“ entnehmen wir: Die neuesten Erzeugnisse schweizerischer Uhrenfabriken sind bekanntlich Munitionsteile, die von Frankreich, England und Deutschland in Auftrag gegeben sind. Ein Freund unseres Blattes sendet uns zur Ansicht eine Kollektion kleiner und kleinster Granatbestandteile, die auf ein Hundertstel Millimeter Genauigkeit gearbeitet werden müssen. Erst kürzlich schrieb man der „Gazette de Lausanne“ aus Chaux-de-Fonds zu diesem neuen Fabrikationszweige:

„Sowohl in der deutschen als in der welschen Schweiz waren Tausende von Arbeitern mit der peinlich genauen Herstellung der verschiedensten Teile von Granaten und Schrapnells beschäftigt. Während die für einen solchen Zweck eingerichteten Betriebe die schweren Stücke gießen, verfertigen andere — und unter ihnen zahlreiche Uhrenfabriken — die feineren Teile der Projektile. Von allen Lieferungsverträgen, die in der Schweiz abgeschlossen wurden, fallen von Kriegsbeginn an die bedeutendsten auf Frankreich. Diese Bestellungen, die sich auf Hunderttausende von Stück belaufen, sind sozusagen alle ausgeführt. Sie haben naturgemäß die in den dem Krieg am meisten heimgesuchten Industrien herrschende Arbeitslosigkeit in starkem Maße gemildert. Von nun an wird Frankreich auf die Mithilfe schweizerischer Fabrikanten verzichten können, was zu bedauern und unangenehm ist sowohl für unsere Arbeiter als für eine Großzahl von Industriellen, die nicht geögert haben, sich den Umständen gemäß einzurichten. Dafür hat England weiterhin die Mitarbeit unserer Fabriken nötig; es hat mit gewissen unter ihnen bedeutende Verträge auf lange Dauer abgeschlossen. Deutschland seinerseits setzt seine Bestellungen fort, indem es uns, wie Frankreich und England, die für die Fabrikation notwendigen Rohstoffe liefert.“

So weit der Bericht des bürgerlichen Lausanner Blattes. Danach fabriziert und liefert ein Teil der schweizerischen Industrie wahrhaft unparteiisch-neutral drei kriegsführenden Ländern Kriegsmaterial, so daß alle gleich gehalten sind und keines sich über Neutralitätsverletzung schweizerischer Industrieller beschweren kann. Nichtsdestoweniger ist es für Schweizer doch ein unangenehmes Gefühl, sich durch die Lieferung von Munition an der Vernichtung von Menschenleben und Kulturwerken zu beteiligen.

Dagegen hat der Krieg auch eine alte friedliche schweizerische Industrie wieder zu neuem Leben erweckt. Infolge der unzureichenden oder gänzlich verhinderten Einfuhr von Holzkohlen aus Frankreich haben die ehemaligen Kohlenbrennereien in der Nähe des Kreuz-de-Van ihre Tätigkeit wieder aufgenommen, was allseitig begrüßt wird.

Rumänische Getreideernte.

Die rumänische Regierung hat bekanntlich das Verbot der Weizenausfuhr wieder aufgehoben. Die Getreideausfuhrzölle und die Verfügung, daß kein rumänischer Eisenbahnwagen über die rumänische Grenze hinausgeführt werden darf, sowie das Güterausfuhrverbot bleiben dagegen bestehen, nur sind einzelne dieser Zölle ein wenig ermäßigt worden. Es betragen jetzt für Weizen, Roggen und Weizenmehl 600 Lei (500 M.), für Gerste und Hafer 500 Lei, für Mais 400 Lei pro Wagon. Durch diese Zölle und die strengen Transportbedingungen wird zwar die Einfuhr rumänischen Getreides in Deutschland und Oesterreich-Ungarn beträchtlich erschwert und verteuert, doch hat trotzdem ein nicht unbeträchtlicher Export aus Rumänien eingeleitet, da die rumänische Ernte große Erträge erbracht hat. Vor allem ist die Weizenernte reichlich ausgefallen. Nach der vorläufigen Berechnung des internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom ergeben sich folgende Erntezahlen:

	1914	1915
Weizen	Doppelzentner 12 599 745	Doppelzentner 29 600 000
Gerste	5 368 280	5 160 000
Hafer	3 673 984	3 800 000
Roggen	496 948	900 000
Mais	27 827 060	28 000 000

Salpeterverschiffungen.

Die „Morning Post“ vom 8. September berichtet in ihrem Handelsteil: Im August wurden nach Europa 79 000 Tonnen Salpeter, 20 000 Tonnen weniger als im Juli, verschifft. Nach den Vereinigten Staaten gingen im August 119 200 Tonnen gegenüber 29 280 Tonnen im August 1914. Nach anderen Erteilen wurden 27 240 Tonnen verschifft. Die Gesamtverschiffungen betragen 225 500 Tonnen, 12 000 Tonnen mehr als im Juli. Die alten Borräte an der Westküste sind sehr zusammengeschmolzen.

Die Entwicklung der mexikanischen Petroleumproduktion.

Die Petroleumproduktion Mexikos hat sich in den letzten Jahren trotz der mannigfachen Hindernisse, die ihr die inneren revolutionären Unruhen in den Weg legten (Caranza hat zeitweilig durch Dekret die Förderung ganz untersagt), enorm entwickelt. Schon vor vier Jahren (1911) hat sie, was die Rohölmenge anbelangt, Niederländisch-Indien und Rumänien überholt, und heute steht Mexiko an dritter Stelle in der Reihe der Petroleum erzeugenden Staaten. Ist erst die Ruhe in den mexikanischen Gebieten wieder hergestellt, so ist mit ziemlicher Sicherheit darauf zu rechnen, daß

die mexikanische Petroleumausbeute in nicht allzu ferner Zeit auch die russische hinter sich lassen wird, zumal dann voraussichtlich das Standardkapital noch weit mehr als bisher nach vorteilhafterer Anlage in der mexikanischen Petroleumindustrie trachten wird.

Für das Bestreben der nordamerikanischen Petroleumindustrie, vornehmlich der Standard Oil Company, sich ein Weltmonopol in Petroleum zu verschaffen, ist deshalb die Verfügung über die mexikanischen Oelländerereien von größtem Werte. Tatsächlich hat sich denn auch die Standard Oil Company den größten Anteil daran zu sichern gewußt, besonders im Tampiko-Gebiete; doch besitzt auch das englische Pearson-Konfession auf der Landenge von Tehuantepec beträchtliche Oelquellen, die freilich größtenteils noch unter Druck liegen, das heißt, noch nicht in Betrieb genommen sind.

Wie schnell sich die mexikanische Petroleumindustrie entwickelt hat, beweist am besten die Tatsache, daß im Jahre 1909 in Mexiko nur 2 488 742 Barrels (à 42 Gallonen zu 3,79 Liter) erzeugt wurden, dagegen im Jahre 1912 bereits 15 689 268 und im Jahre 1913 nach der kürzlich veröffentlichten Statistik gar 18 546 320 Barrels. Wie groß die Ausbeute im Jahre 1914 war, ist noch nicht festgestellt, doch ist sicher, daß eine abermalige Produktionssteigerung stattgefunden hat. Man schätzt die Gesamtmenge auf ungefähr 21 Millionen Barrels. Das in dieser Industrie angelegte Kapital wird für Ende 1914 auf 850 Millionen Mark berechnet.

Von dem gewonnenen Rohöl wird nur ein geringer Teil in Mexiko selbst raffiniert, da es vorläufig dort noch an genügenden Raffinerien fehlt. Das meiste Rohöl wird nach der nordamerikanischen Union ausgeführt, besonders nach New Jersey, wo es gereinigt und dann von dort aus verschifft wird. Von der Gesamtmenge mexikanischer Petroleum, die im Jahre 1914 über mexikanische Häfen ausgeführt wurde (eine Menge, die auf 20 674 000 Barrels angegeben wird), gingen nicht weniger als 15 476 727 Barrels nach der nordamerikanischen Union, dagegen nur 356 205 Barrels nach Europa.

Gerichtszeitung.

Straßenüberfall.

Nach einem Straßenraub grenzte der nächtliche Erzeß, der gestern den Arbeiter Gustav Reinecke vor die Ferienstrafkammer des Landgerichts III führte.

Als in der Nacht des 14. Mai der Buchdrucker C. auf dem Heimwege nach der Reinickendorfer Straße an der Ecke der Kösliner und Wiesenstraße angekommen war, wurde er plötzlich von einem Menschen, der später als ein Arbeiter Wilhelm Hill festgestellt wurde, aufgehalten. Dieser forderte ihn mit drohender Miene auf, eine Mark „herauszurücken“, widrigenfalls er Prügel bekommen würde. Als C. sich diese Belästigung verbat, fing Hill zunächst zu handeln an und ging in seiner Forderung zunächst auf 50 Pf. und schließlich auf 25 Pf. herunter, ohne jedoch Blick damit zu haben. Während dieser Verhandlungen erschien plötzlich Reinecke auf der Bildfläche und schlug ohne weiteres auf C. ein, der nun laut um Hilfe rief und dadurch erreichte, daß die beiden Frechlinge festgenommen werden konnten. Der hauptsächlichste Hill war zum gestrigen Termin nicht erschienen; auf Gerichtsbeschluss soll er verhaftet werden. Gegen Reinecke erkannte das Gericht auf sechs Monate Gefängnis.

Harte Strafe für Ueberschreitung der Polizeistunde.

Vom Landgericht Altona ist am 20. März der Speisewirt Albert S. auf Grund des § 9 b des Belagerungszustandsgesetzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat über die von der Militärbehörde auf 12 Uhr festgesetzte Polizeistunde hinaus Gäste vom Hofe aus in sein Lokal hereingelassen und bewirtet. Die Höhe der Strafe ist offenbar dadurch zu erklären, daß das Lokal des Angeklagten, wie es im Urteile heißt, eine Zubehörschaft ist. Die Revision des Angeklagten wurde am Montag vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Militärische Übungen und Fortbildungsschule.

Die Zahl der Fälle, wo die Versäumung militärischer Jugendübungen als Versäumung des Fortbildungsschulunterrichts bestraft wurde, scheint eine erhebliche zu sein. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hatte sich gestern abermals mit einem derartigen Strafprozeß zu beschäftigen.

Wegen Uebertretung des Ortsstatuts der Stadt Stempen, betr. die Fortbildungsschule, hatte die Strafkammer in Ostrowo fünf Fortbildungsschüler (Jurowski und Genossen) auf Grund des § 154 der Gewerbeordnung zu je 10 M. Strafe verurteilt. Sie legten Revision ein und bestritten die Zulässigkeit der Aufnahme der militärischen Jugendübungen in den Lehrplan der Fortbildungsschule. Das Kammergericht hob zwar das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Strafkammer zurück. Es erklärte aber ausdrücklich, daß es an der neulich von uns veröffentlichten Entscheidung über die Zulässigkeit der Aufnahme der militärischen Übungen in den Lehrplan der Fortbildungsschulen festhalte. Es seien deshalb mit Recht diese militärischen Übungen vom Kempener Magistrat in den Lehr- und Stundenplan der Fortbildungsschule aufgenommen worden. Die Jurisdiktion an die Vorinstanz erfolgte lediglich deshalb, weil die Strafkammer erstens für die Geldstrafe von je 10 M. je 2 Tage Haft als eventuelle Ersatzstrafe bestimmt hatte, statt nur je 1 Tag Haft, und weil zweitens von der Strafkammer nicht geprüft worden war, ob die jugendlichen Angeklagten die für die Erkenntnis der strafbaren Handlung erforderliche Einsicht besaßen hätten.

Kriegs-Kornfrank ist der Ersatz für Bohnen-Kaffee. Das ganze Paket kostet nur 50 Pf. In seiner Ausgiebigkeit liegt seine Billigkeit. Heutzutage muß jede Hausfrau sparen.

Die Städteordnung in Russisch-Polen.

Unter dem 10. Juni ist von Generalfeldmarschall v. Hindenburg als Oberbefehlshaber Ost eine im Verordnungsblatt der Kaiserlich deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel am 25. Juni veröffentlichte Städteordnung erlassen. Dieselbe lehnt sich an die altpreussische Städteordnung an. Ein Vergleich mit dieser ist von allgemeinem politischen und kommunalen Interesse.

Das Anwendungsbereich der polnischen Städteordnung erstreckt sich auf die Städte Lodz, Gzestow, Sosnowice, Wenzgyn, Kattowice, Wloclawek, Babilonice, Wielun, Sieradz, Zbuzna, Dola, Kutno, Kenczyna, Dzorlow, Zgierz, Gostynin, Riezajawa, Skolo, Korin, Slupca, Turck, Zawiercie. Auch auf andere Städte und große Landgemeinden kann der Chef der Zivilverwaltung für Russisch-Polen die Geltung der Städteordnung ausdehnen. Die Aufsichtsbehörde kann durch Erlaß von Statuten Zweckverbände bilden.

Das Bürgerrecht (Wahlrecht und Befähigung zur Uebernahme unbeförderter Ämter) steht allen volljährigen männlichen Einwohnern zu, wenn sie seit einem Jahre Einwohner der Stadt sind und entweder eine selbständige Wohnung haben oder zu einer direkten Staatssteuer veranlagt sind. Das Wahlrecht ist also ein weitergehendes als nach der altpreussischen Städteordnung; nach dieser ist das wahlfähige Alter das vollendete 24., nach der polnischen das vollendete 21., wenn gerichtliche Volljährigkeit früher erfolgt ist: das vollendete 18. Lebensjahr. Wahlberechtigt sind in Preußen nur Preußen, in Polen jeder Einwohner, gleichviel welchem Staatenverbände er angehört. Die Erfordernisse der preussischen Städteordnung, daß der Wahlberechtigte seit einem Jahre die ihn betreffenden Gemeindegabungen gezahlt und in dieser Zeit keine Armenunterstützung empfangen hat, fehlen in der polnischen. Das Wahlrecht in den älteren Provinzen Preußens ist ferner davon abhängig, daß der Wahlberechtigte einen eigenen Hausstand (d. h. die selbständige Herrschaft über einen Wohnraum) hat und ferner ein Wohnhaus besitzt oder ein stehendes Gewerbe mit wenigstens zwei Gehilfen selbständig betreibt oder zur Staatseinkommensteuer oder zu einem fingierten Normalsteuerfuß von mindestens 4 M. veranlagt ist oder ein Einkommen von mehr als 800 M. jährlich hat. Nach der polnischen Städteordnung: wenn der Einwohner eine selbständige Wohnung hat oder zu einer direkten Staatssteuer veranlagt ist. Die Wahlberechtigung ist also in der polnischen Städteordnung erheblich weiter als in der preussischen gefaßt.

Die preussische Städteordnung kennt keinerlei Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der städtischen Verwaltung. Mit Mühe und Not ist nach hartnäckigem Kampfe auf Grund anderer Gesetze die Ansicht zum Siege gelangt, daß wenigstens weibliche Personen als Mitglieder in den Armen- und Waisen-Kommissionen und Deputationen sowie in denjenigen Ausschüssen sitzen können, die sich mit anderen Aufgaben als solchen beschäftigen, zu deren Erledigung die Städte gesetzlich verpflichtet sind. Entgegenkommender ist die polnische Städteordnung dem weiblichen Geschlecht. Es können danach durch Ortsstatut weibliche Einwohner, die wahlberechtigt sein würden, wenn sie Männer wären, zu unbeforderten Ehrenämtern zugelassen werden. Frauen können auch zu beforderten Ämtern berufen werden, wenn die Aufsichtsbehörde dies für den betreffenden Verwaltungszweig genehmigt hat.

Die Dreiklasseneinteilung der altpreussischen Städteordnung sowie die Vorschrift, daß jede Abteilung zur Hälfte aus Hausbesitzern bestehen müsse, findet sich in der polnischen Städteordnung nicht.

Ein Verwaltungsstreitverfahren hat naturgemäß in der polnischen Städteordnung keinen Platz. Die Aufsichtsbehörde tritt an dessen Stelle. Dieser ist in Polen auch im übrigen ein weiterer Wirkungsbereich gegeben. So ernannt sie den Stadtvorstandsvorsitzenden aus der Zahl der Stadtvorordneten. Von den Magistratsmitgliedern wird der erste Bürgermeister vom Chef der Zivilverwaltung für Russisch-Polen unter Zustimmung des Oberbefehlshabers der 9. Armee, der zweite Bürgermeister von der Aufsichtsbehörde (Polizeipräsident oder Kreischef) ernannt. Die Wahlordnung ist nicht gesetzlich festgelegt, sondern wird von der Aufsichtsbehörde erlassen.

Interessant ist die in der polnischen Städteordnung enthaltene Strafvorschrift gegen Weigerung der Ausübung städtischer Pflichten. Mit Geldstrafe bis 100 000 M. oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten ist in § 81 der Städteordnung bedroht, wer sich ohne Grund weigert, die Ernennung oder Wahl zum Mitgliede der Stadtverwaltung anzunehmen oder die aus der Ernennung bzw. der Wahl hervorgehenden Pflichten zu erfüllen. Bei fortwährender Weigerung kann die Strafe so oft wiederholt werden, bis der Forderung der Aufsichtsbehörde Genüge geschieht ist.

Politische Uebersicht.

Stroherte und Strohbedarf.

Der Preussische Landwirtschaftsminister gibt folgendes bekannt:

Infolge der Trockenheit des Vorjommers ist die Stroherte vielfach knapp ausgefallen. Der Bedarf an Stroh ist aber aus verschiedenen Gründen beträchtlich größer als in normalen Zeiten. Zunächst kommt der gesteigerte Bedarf der Heeresverwaltung in Frage, sodann ist der Verbrauch an Futterstroh größer als sonst, namhafte Mengen werden zur Herstellung von Relasfutter und von Strohmehl verwendet, das sich bei der Verwertung des Panzeninhalts der Schlachttiere und auch sonst namentlich als Pferdefutter bewährt hat, und schließlich soll Stroh in größerem Umfange durch Ausschleifung zu einem dem Stärkemehl annähernd gleichwertigen Futtermittel verarbeitet werden. Unter diesen Umständen erscheint es geboten, bei der Verwendung von Stroh als Einstreu möglichst sparsam zu verfahren und hierfür alle verfügbaren Ersatzstoffe in weitestem Umfange heranzuziehen. Als solche kommen in Betracht in erster Linie die Torfstreu; diese sollte daher allgemein Anwendung finden, ferner sollte Bald- und Plaggenstreu, Ginster, Heide usw. in größerem Umfange als sonst verwendet werden, und schließlich sollten solche Stallrichtungen getroffen werden, die ohne Aufwendung erheblicher Kosten eine mögliche Ersparnis an Streu ermöglichen. Es darf erwartet werden, daß der verhältnismäßig hohe Preis des Strohes seine Wirkung nach dieser Richtung hin geltend macht.

Gegenfälle in der polnischen Reichstagsfraktion.

Beuthen D.-Zbl., 14. September. (W. L. B.) In der polnischen Presse ist jetzt ein lebhafter Streit ausgebrochen wegen der Haltung der polnischen Reichstagsfraktion in der Frage der Freiheit und

Unabhängigkeit des Apostolischen Stuhles. Mehrere angesehenen polnische Zeitungen, darunter der „Dziennik Slaski“ und der „Kurier Slaski“, greifen scharf die polnische nationaldemokratische Partei an, welche es verhindert habe, daß die Fraktion sich für die Rechte des Papstes gegenüber Italien einsetze. Die schlesischen Abgeordneten in der polnischen Fraktion hätten es versucht, die Fraktion dazu zu bewegen, daß sie, dem Beispiel des Zentrums folgend, sich für die Rechte und die Freiheit des Papstes erkläre. Sie seien aber, trotzdem noch einige andere Abgeordnete diesem Vorhaben günstig gewesen seien, an dem Widerstande der nationaldemokratischen Mehrheit gescheitert. Es sei zu verlangen, daß die polnische Landtagsfraktion den Fehler der Reichstagsfraktion wieder gut mache, jedoch sei die beste Gelegenheit hierzu vorüber. Trotzdem würde die Stimmung des polnischen Volkes die Fraktion zu einer richtigen Stellungnahme in dieser Angelegenheit zwingen, es würden dann die Wahlen mit den notwendigen Auseinandersetzungen kommen. Der schlechte Eindruck dieser Haltung in dieser so ausgesprochen katholischen Frage lasse sich aber nicht mehr beseitigen.

Erhöhung der Brot- und Mehlmengen.

In Gorkij wird nach einer Bekanntmachung des Magistrats vom 20. September ab die Höchstmenge für den Verbrauch von Brot und Mehl für jede über 6 Jahr alte Person 2250 Gramm (bisher 2000 Gramm) und für Kinder unter 6 Jahren 1000 Gramm betragen.

Der Reichstagsabgeordnete für Karlsruhe in der Warschauer Zivilverwaltung.

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas, der als Leutnant und Kompanieführer im Felde steht, ist in die Zivilverwaltung nach Warschau berufen worden.

Das Nachtarbeitverbot.

Im Reichstagsgebäude beginnen am heutigen Mittwoch die Beratungen der Vertreter der Regierungen mit den Vertretern der in Frage kommenden Organisationen über das Verbot der Nachtarbeit in den Wärdereien. Den Beratungen liegt ein vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteter vorläufiger Gesetzentwurf zugrunde. Der Entwurf sieht ein vollständiges Ruhen des Betriebes in Wärdereien und Konditoreien von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens vor. Die Verhandlungen beginnen mit der Vermehrung von Sachverständigen.

Krieg und Schule.

Im „Archiv für Pädagogik“ (Juli 1915) ist ein Aufsatz von H. Schreiber (Würzburg): „Die deutsche Volksschule der Gegenwart und Zukunft“ abgedruckt, in der für die zukünftige Gestaltung des Unterrichts u. a. folgendes gesagt ist:

Die einzelnen Fächer zeigen ein neues Gesicht. Der Religionsunterricht tritt erst in den höheren Klassen auf, liegt in der Hand des Lehrers und führt den Schüler in das Ringen ein, das die Menschheit zu einer immer reineren Gottesanschauung hinführt, die ihre Strahlen überallhin wirft, in die Gebiete der Rechte, in die Verhältnisse von Ja und Ja, von Ja und Nicht-Ja, in die Kunst usw. Was die Religion aus ihrem Schoß gebärt, das darf ihr auch fürderhin dienen, ohne die Kinder zu belasten mit Sprachwissenschaft und geistlichen Dichtungen. Dem Ganzen liegt die geläuterte Bibel zugrunde als heilige Quelle.

Dazu bemerkt der „Pharus“, katholische Monatschrift für Pädagogik (Heft 9):

„Uns dünkt, der Krieg birgt die Lehre, daß der Religionsunterricht in der Schule nicht weiter hinaus zu schieben ist, sondern von Anfang an die ganze Schularbeit durchdringen muß. Der Ruf nach guten Kirchenliedern in den Schülengräbern und der Umstand, daß die Beherrschung der Texte dort gerade von den Beteiligten sehr vermisst wird, scheint ebenfalls anderes zu lehren, als was Schreiber meint. Ein Stamm wertvoller volkstümlicher deutscher Kirchenlieder sollte zum festen Besitz der Jugend vor der Schulentlassung werden.“

Der „Bayrische Kurier“ (Nr. 258) bemerkt die Gelegenheit, daran folgende Betrachtung zu knüpfen:

„Befremdlich ist bei uns in Bayern der konfessionslose Moralunterricht an Lehranstalten usw. verboten worden. Die Freireligiösen haben sich nun seinerzeit an das Kultusministerium mit dem Ersuchen gewendet, das Verbot des freireligiösen Unterrichts auf Kriegsdauer aufzuheben. Das Kultusministerium hat selbstverständlich abgelehnt. Nunmehr hat die Freireligiöse Gemeinde München Maßnahmen getroffen, um im Rahmen der bestehenden Gesetze einen „entsprechenden“ Privatunterricht einzuführen. Es darf mit Genugtuung verzeichnet werden, daß soweit der katholische Volksteil in Betracht kommt, der Zugang zur freireligiösen Bewegung nachgelassen hat. Der Krieg hat sich eben auch auf religiösem Gebiete als eiserner Erzähler erwiesen.“

Die Unterstützung der Kriegerfamilien

ist von der Stadt Ehlingen in Rücksicht auf den nahenden Winter neu geregelt worden. Ehlingen zahlte bisher für eine kleinere Mittelsstadt anerkennenswerte Sätze, nämlich für jede Frau 24 M., für jedes Kind unter 15 Jahren 8 M. Zuschlag zur Reichsunterstützung. Diese Sätze werden jetzt um 4 bzw. 1 M. erhöht. Danach bekommt künftig jede Frau an Reichs- und Gemeindeunterstützung 40 M., jedes Kind 10 M. monatlich ohne Festsetzung eines Höchstbetrages. Es wurde aber gleich ausgesprochen, daß bei einer Erhöhung der Reichsunterstützung der städtische Zuschlag nicht gekürzt werden soll. Sowohl die früheren Sätze als die jetzigen Erhöhungen, die namentlich mit den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen begründet wurden, sind dem Einfluß der sozialdemokratischen Rathhausvertreter zu danken, die die Hälfte des städtischen Kollegiums bilden. Ehlingen zählt jetzt unter den württembergischen Städten den höchsten Zuschlag.

Das rheinisch-westfälische Uebergangssyndikat.

Um dem Zwangssyndikat zu entgehen, das unter die Aufsicht des Reichskanzlers gestellt worden wäre, haben sich die rheinisch-westfälischen Zechenbesitzer auf ein Uebergangssyndikat geeinigt, nachdem der Zechenbesitzer August Thyssen seinen Widerspruch fallen gelassen hat. Das Uebergangssyndikat ist zunächst auf 1 1/2 Jahre begründet worden. In letzter Stunde haben sich also die Werkbesitzer noch dem staatlichen Zwange entzogen und bleiben damit vorläufig noch „Herren im eigenen Hause“.

Wolffs Telegraphenbureau meldet am 14. September aus Offen:

„In der heutigen Zechenbesitzerversammlung, an der wieder drei Vertreter des preussischen Handelsministers teil-

nahmen, wurden die Erneuerungsverhandlungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats erfolgreich zu Ende geführt. Nachdem alle Reinigungsverschiedenheiten aus der Welt geräumt worden waren, unterschrieben sämtliche bisherigen Syndikatsmitglieder und sämtliche im neuen Vertrage aufgeführten aufstehenden Zechen mit Ausnahme der Zechen Admiral und Glüdauf Segen, mit denen eine Verständigung nicht zu erzielen war, den neuen Syndikatsvertrag, der heute in der am 10. d. Mts. beschlossenen Gestalt vorlag. Das Uebergangssyndikat ist demnach für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. März 1917 zustande gekommen: ein mühseliges Werk von größter Bedeutung für unser gesamtes Wirtschaftsleben ist damit zu einem glücklichen Ende gebracht worden. Der heutige Erfolg ist den rastlosen Bemühungen Geheimrats Dr. Kirdorf zu danken, der niemals davon abgelassen hat, immer wieder von neuem auf die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses des Ruhrkohlenbergbaus hinzuweisen.“

Der Verkehr mit Hülsenfrüchten.

Obgleich bereits in den Zeitungen mehrfach darauf hingewiesen ist, daß seit dem 27. August d. J., dem Tage des Inkrafttretens der Bekanntmachung über den Verkehr mit Hülsenfrüchten vom 26. August 1915, jeder Handel mit Hülsenfrüchten verboten ist, der nicht an oder durch die Zentraleinkaufs-Gesellschaft G. m. b. H. in Berlin erfolgt, enthalten nicht nur die größeren Tageszeitungen, sondern auch die Fachblätter des Klein- und Großhandels häufige Anzeigen, in denen Hülsenfrüchte zum Verkauf angeboten werden. Es sei deshalb nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ein derartiger freier Handel schon jetzt verboten ist. Der in der Verordnung genannte 1. Oktober ist nur der Tag, auf den sich die Anzeigepflicht bezieht. Er hat mit dem Handelsverbot an sich nichts zu tun. Wer gegen dieses verstößt, kann auf Grund der Verordnung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft werden.

Verlängerung der Mandatsdauer der braunschweigischen Landesversammlung.

Die Landesversammlung hat einen Beschlus gefaßt, durch welchen die Mandatsdauer der Abgeordneten um zwei Jahre verlängert wird und die Neuwahlen entsprechend hinausgeschoben werden, einstimmig angenommen.

Soziales.

Schadenersatzansprüche wegen verpflanzter Arbeit.

Die Kammer 5 des Gewerbegerichts hatte sich am Dienstag mit drei Klagen zu beschäftigen, die infolge von verpflanzter Arbeit an Granatzündern entstanden sind.

In zwei Fällen handelte es sich um das mit Maschinen ausgeführte Bohren und Gewinbeschneiden an Granatzündern sowie um ungelernete Arbeiter, die mit diesen Arbeiten erst kurze Zeit — in einem Falle eine Woche im andern Falle zwei Wochen — beschäftigt waren und vordem ganz andere Arbeiten verrichtet hatten. Die Arbeiter hatten bei einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Zündern die vorgezeichneten Maße nicht genau innegehalten, wodurch die betreffenden Zünder un verwendbar geworden sind. Die Unternehmer haben den Arbeitern nicht nur den Akkordlohn für die verpflanzten Zünder nicht bezahlt, sondern darüber hinaus noch einen Betrag des verdienten Lohnes zurückbehalten, um sich gegen den durch die verpflanzte Arbeit entstandenen Materialschaden zu sichern. Die Arbeiter klagten auf Zahlung des verdienten Lohnes, während die Unternehmer im Wege der Widerklage einen den einbehaltenen Lohn wesentlich übersteigenden Betrag als Schadenersatz verlangten. In beiden Fällen sprach das Gericht den Arbeitern den zurückbehaltenen Lohn abzüglich des Akkordlohes für die verpflanzten Stücke zu und wies die Widerklage ab mit der Begründung: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Lohn für die verpflanzten Arbeiten nicht bezahlt werden braucht. Aber für die entstandenen Schäden ist der Kläger, der als ungelerner Arbeiter erst kurze Zeit mit den fraglichen Arbeiten beschäftigt war, nicht haftbar. Das Gericht will damit nicht sagen, daß jeder ungelernete Arbeiter für den von ihm verursachten Schaden nicht haftbar ist. Aber in den ersten ein bis zwei Wochen, wo der Arbeiter angeleitet wird, darf man nicht zu weitgehende Ansprüche an seine Leistung stellen. Es handelt sich hier immerhin um eine gewisse Präzisionsarbeit, zu deren Erlernung eine angemessene Zeit erforderlich ist. Da der Kläger nicht durch grobe Fahrlässigkeit den Schaden verursacht hat, ist er nicht haftbar.

Im dritten Falle klagte eine Arbeiterin, der wegen einer kleinen Zahl falsch gebohrter Zünder 10 M. einbehalten worden sind. Die Klägerin ist ihrer unbestrittenen Angabe nach eine außerordentlich gewissenhafte und zuverlässige Arbeiterin, die bereits seit Mai Zünder bohrt. Der Unternehmer hat ihr einen Wochenverdienst von 15 M. garantiert; sie hat aber einschließlich Sonntags- und reichlicher Ueberstundenarbeit einen Wochenverdienst von 60 M. erzielt. Die fehlerhafte Arbeit führt die Klägerin auf einen Mangel an einem Maschinenteil zurück, der trotz ihrer Meldung beim Ingenieur nicht beseitigt worden sei. — Das Gericht beschloß, den Ingenieur hierüber als Zeugen zu hören.

Krieg und Betriebsunfälle in Rußland.

Die russische Arbeiterzeitschrift „Versicherung des Arbeiter“ teilt in ihrer Nr. 6 interessante Angaben über den Einfluß der Kriegsmobilisierung der Industrie auf die Häufigkeit der Unfälle auf den Fabriken und auf die Zahl der Erkrankungen der Arbeiter mit. Die angeführten Angaben, die den Berichten der Krankenkassen entnommen sind, geben zwar kein allgemeines Bild der in allen russischen Industriebetrieben herrschenden Zustände, sie sind aber charakteristisch für die seit Kriegsbeginn entstandenen Veränderungen. Hiernach entfielen auf je 1000 Mitglieder der Krankenkassen Unfälle:

	bis 1. Sept. 1914	vom 1. Sept. bis 1. Jan. 1915	Zunahme in Proz.
Fabrik Lehner (Wettersburg)	12,9	17,8	88
Petersburger Metallwerke	11,5	18,4	15,5
Nikol. Werke	22,0	28,0	4,5
Butilow-Werke	15,0	21,0	4,0
Russisch-Baltische Fabrik (Riga)	11,0	14,0	27,8

Nach denselben Berichten entfielen auf je 100 Arbeiter Kranke:

	bis 1. Sept. 1914	v. 1. Sept. bis 1. Jan. 1915	Zunahme in Proz.
Butilow-Werke	60,3	77,0	27,7
Brjanskter Werke (Zelaterinostaw)	58,8	79,8	89
Russisch-Baltische Fabrik (Riga)	67,5	92,5	87

Danach hat die außerordentliche Intensifizierung der Industriearbeit, die Verlängerung der Arbeitszeiten usw. die denkbar schlimmsten Wirkungen auf die Gesundheit der Arbeiter ausgeübt.

Die Lebensmittelteuerung in Berlin.

Der Direktor der städtischen Markthallen in Berlin, Herr Spieder, veröffentlicht im „Berl. Tageblatt“ einen Artikel, in dem die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel zusammengestellt sind. Gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres sind die Fleischpreise um etwa 80 Proz. gestiegen. Rindfleisch kostet im Kleinhandel 2 M. bis 2,80 M., trotzdem eine große Verminderung des Bestandes an Rindern nicht zu konstatieren ist. Der Bestand ist ziemlich so geblieben, wie er vor dem Kriege war. Direktor Spieder führt die Preissteigerung zurück auf die hohen Kosten für Kraftfutter und auf die gestiegenen Löhne.

Das Kalbfleisch ist natürlich von der Höhe der Rindfleischpreise und von der Aussicht abhängig. Je mehr aufgezogen wird, desto knapper ist der Anstich der Kalber. Von den Mastältern ist dasselbe zu sagen, wie von den Rindern. Es fehlt das Kraftfutter. Die Preise für Kalbfleisch haben jetzt eine Höhe erreicht, wie sie bisher niemals verzeichnet worden ist. Im Kleinhandel kostet das Kilogramm Kalbfleisch 2,40 bis 3 M. — Als schwer erklärlich wird die Teuerung beim Hammelfleisch bezeichnet. Im Kleinhandel beträgt der Preis jetzt 2,80 M. bis 3 M. Dazu wird bemerkt:

Schafe sind sehr genügsame Tiere, die mit kümmerlicher Weide zufrieden sind, den Winter über mit magerem Stroh und Heufutter durchkommen und zur Mast selbst nicht allzu viel Kraftfutter bedürfen. Für diese Kategorie ist der hohe Preis, der angelegt werden muß, kaum zu rechtfertigen.

Was nun das Schweinefleisch anbelangt, so ist dies heute im Gegensatz zu sonstigen Zeiten das teuerste Fleisch, um 60 M. teurer als das Ochsenfleisch im Großhandel.

Im Großhandel standen Schweine am 1. September 1915 auf 150—182 M. gegen 52—59 M. am 1. September 1914.

Im Kleinhandel:	1. Sept. 1914	1. Sept. 1915
Schweinerücken und Rippespeer	2,40	3,80—4,00
Schweineschinken	1,50	3,80
Schweineschulterblatt und Bauch	1,50	3,40
Schweineschmalz	1,60	3,80
Speck, geräuchert	2,40	3,80—3,80
Schinken, geräuchert	3,00	4,00
Schinken, ausgeschlachtet	4,00—4,00	5,20

Die Ursachen sind hier, so führt Herr Direktor Spieder aus, verschieden. Einmal die verschiedensten Maßnahmen der Regierung, die aus Besorgnis, daß die Kartoffelvorräte zur Ernährung unseres Volkes nicht ausreichen, das Abkochen von 6 Millionen Schweinen anordnete (fast 25 Prozent des Bestandes), dann wieder das Fehlen der erforderlichen Kraftfuttermittel und das Verbot der Körnerverfütterung. Es kommt daher eine voll ausgemästete Ware kaum noch auf den Markt. Hauptächlich kommt eine Mittelware auf den Markt, die trotz wenig Ausgiebigkeit horrenden Preise erzielt. Die Verarbeitung zur Dauerware (Konserven) hat sich nicht als gute Maßregel erwiesen. Es fehlten die geschulten Kräfte, es wurde zu hastig gearbeitet, und so sind mindestens 80 Prozent verdorben und werden jetzt von den Konservenfabriken waggonweise nach Rudnig gebracht und dort zu Wagenchmiere verarbeitet.

Zu der Preisbildung bemerkt der Verfasser: „Sehen wir nur einmal, durch wie viel Hände ein Stück Vieh geht, ehe der Konsument von ihm ein Stück Fleisch bekommt. Ein kleiner Händler auf dem Lande kauft von dem Bauer ein Stück Vieh. Also schon die zweite Hand. Er verkauft es an einen größeren Händler, der vielleicht einen Wagon verschiedener Tiergattungen zusammenbringt, den er nach Berlin schickt. Hier erhält es der Kommissionär zur Verwertung. Von dem Kommissionär erweist es der Großschlächter, der es an den Ladenschlächter verkauft, von dem es schließlich an den Konsumenten kommt. Das Fleisch geht also vom Bauer bis zum Konsumenten (diese beiden nicht gerechnet) durch fünf Hände. Jeder der Vermittler verdient etwas an dem Fleisch; kommen noch hinzu die verschiedenen Frachtkosten, an denen auch noch nebenbei verdient wird, die Futter-, Schlachtkosten und so weiter.“

Aus diesen Darlegungen erhellt zur Genüge, wie planlos die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung heute bestellt ist.

In dem oben auszugswise wiedergegebenen Artikel des Herrn Spieder gibt der Verfasser als Ursache der Teuerung u. a. an: Der Kraftfuttermangel, die allgemeine Erhöhung der Löhne und die teuren Fuhrerlöhne. Es wird ausgeführt, daß auf dem Berliner Viehhof einem Schlächtergesellen, der wirklich schlachtet, 85 Mark Lohn pro Tag gezahlt werden müsse.

Zu der Behauptung, daß die hohen Löhne der Fleischergehilfen an der Teuerung mitschuldig seien, bemerken wir, daß nach unseren Informationen auf dem Berliner Viehhof in der Zeit der Massenabschlachtungen nur in ganz vereinzelten Fällen ein ähnlicher Tagelohn bezahlt worden ist. Das geschah auch nur dann, wenn das Vieh an dem betreffenden Tage abgeschlachtet werden mußte, Leute aber zu wenig zur Verfügung standen und sich die Arbeitgeber gegenseitig überboten, um Zuschläger zu bekommen. Es mußte dann aber auch von morgens 8 Uhr bis abends 11 Uhr ohne besondere Pause, also 18 Stunden eine außerordentliche Arbeitsleistung vollbracht werden, außerdem waren diese Helfer oft noch verpflichtet, andern morgens das Fleisch aufhauen und nach der Markthalle bringen zu helfen. Der Lohn war also für eine fast dreifache Arbeitszeit berechnet; dabei muß noch beachtet werden, daß nur in der Woche 3 oder 4 so hohe Schichttage stattfinden. Im übrigen fand, wie schon erwähnt, eine solche Bezahlung nur in einigen Fällen in der Zeit der Massenabschlachtung statt, die fast ein halbes Jahr zurückliegt.

Die Löhne der Gesellen in den Wurstfabriken und Fleischereien dagegen haben bei weitem nicht eine solche Steigerung erreicht, wie sie durch die allgemeine Lebensmittelteuerung notwendig gewesen wäre. Die Einstellungslohne sind allgemein nur bis 5 M. pro Woche gegenüber den Löhnen vor dem Kriege gestiegen, was die Abmachungen mit der zuständigen Organisation beweisen. In einzelnen Fällen wird dieser Satz etwas überschritten. Die Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt aber nach dem Wirtschaftsstatistischen Bureau von Richard Galver für Berlin pro Woche über 14 M. für eine vierköpfige Familie seit Ausbruch des Krieges. Es werden in den maßgebenden Wurstfabriken pro Woche 24 M., 33 M., 40 M. und 45 M. bei zeitweiliger Arbeit ohne Verdöstigung bezahlt. Konservenfabriken zahlen 48 M. und 60 M. Höhere Einstellungslohne als 60 M. werden nicht gezahlt.

Es kann also keine Rede davon sein, daß die Löhne der Schlächtergehilfen irgend welchen Einfluß auf die Fleischteuerung haben. Es sind andere Ursachen dafür maßgebend. Will man untersuchen, welche Umstände verteuern auf das Produkt vom Produzenten bis zum Konsumenten wirken, so darf man nicht unerwähnt lassen, daß die Massenabschlachtung und die übertriebene Produktion bei der Konservierung der Fleischwaren dazu erheblich beigetragen haben. Hunderttausende von Zentnern der besten Fleisch-

waren sind dadurch verdorben, allein der Berliner Fleischverniehtungsanstalt zu Rudnig wurden im Monat November 1914 über 10 000 Zentner Fleischwaren zur Vernichtung übergeben. Es wäre da jedenfalls recht nützlich gewesen, wenn die Regierung bei ihrem Erlass über die Abschachtung der Schweine auch bestimmt hätte, daß nur Fabriken die Verwertung und Konservierung des Fleisches übertragen wird, die darin auch praktische Erfahrung besitzen und für eine einwandfreie Konservierung eher eine Garantie bieten können, als Leute, die in ihrem Leben noch keine Konservenfabrik gesehen haben und sich nun ernst um die Fabrikation von Fleischkonserven bemühen, in der Hoffnung, dabei recht viel verdienen zu können.

Die Fleischteuerung wird nicht belächelt mit Argumenten, wie sie Herr Spieder vorträgt. Es ist eine Irreführung, für die Teuerung die Löhne der Fleischergehilfen als Vorwand zu benutzen, während das Publikum sehr wohl weiß, daß die Ursachen ganz wo anders zu suchen sind.

Aus Groß-Berlin. Zur Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Gestern fand im Berliner Rathaus unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Preuß eine Sitzung des Ausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge statt, an der vom Magistrat der Stadtkammerer Böß, die Geheimräte Straßmann und Weber, Stadtrat Raab, von den Stadtverordneten Stadtverordnetenvorsteherstellvertreter Cassel, die Stadtverordneten Dr. Landau, Dr. Wehl, Dr. Isaac, Dry und Ritter, ferner Vertreter des Sanitätsamtes des Gardekorps, des Roten Kreuzes, der königliche Gewerbe- und Regierungsrat vom Polizeipräsidium, die dirigierenden Ärzte der städtischen Krankenanstalten und weitere Sachverständige teilnahmen. Die Beratungen befaßten sich vornehmlich damit, die Berliner Lehrwerkstätten in weiterem Umfang für die Kriegsbeschädigten nutzbar zu machen. Die in Berlin vorhandenen Lehrwerkstätten, die für alle nur in Betracht kommenden Berufe eingerichtet sind, können mit ihren 500 freien Plätzen bei einmaligem wöchentlichem Unterricht 3000 Kriegsbeschädigten der Lazarette und Sammelstellen wegen ihrer Einrichtungen, ihres geeigneten Lehrpersonals und wegen ihrer Vielseitigkeit wertvolle Dienste leisten. Es sollen in diesen Lehrwerkstätten beschäftigt werden zunächst alle Kriegsbeschädigten, die nach dem Urteil des behandelnden Arztes zur Unterstützung des Heilverfahrens sich betätigen sollen, und sodann die dienstuntauglichen Kriegsbeschädigten zwecks Wiedergewöhnung an Arbeit, um das Vertrauen zu den verminderten eigenen Kräften zu stärken, zwecks Erlernung der Arbeit mit künstlichen Gliedmaßen und behufs Erlernung eines neuen Berufes. Man einigte sich auf folgende vom Stadtverordneten Dr. Wehl und Direktor Dr. Grundscheid vorgeschlagenen Leitsätze:

1. Die Medizinalabteilung des Kriegsministeriums soll gebeten werden, alle in den Lazaretten und Sammelstellen befindlichen Kriegsbeschädigten zur Benutzung der Lehrwerkstätten aufzufordern.
 2. den Beschädigten sollen Freifahrtkarten für die Fahrten nach der Werkstätte bewilligt werden,
 3. die Kriegsbeschädigten sollen durch entsprechende Auskünfte und Anweisungen in den Lazaretten auf die Werkstätten und Lehrkurse aufmerksam gemacht werden.
- Es wurde schließlich eine Kommission gewählt, die sich zwecks persönlicher Verhandlung nach Maßgabe der obigen Leitsätze mit der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums in Verbindung setzen soll.

Die Berliner Bautätigkeit in der Kriegszeit.

Infolge des Krieges ist die Bautätigkeit beträchtlich zurückgegangen. Wie sehr sie in Berlin nachgelassen hat, ersieht man unter anderem aus der Minderung der Baugesuche. In 1914 war die Bauaufgabe vor dem Kriege schon schwächer als in 1913, der Kriegsausbruch aber drückte sie vollends herab. Während z. B. im Juli 698 Baugesuche eingegangen waren, gingen im August sofort nur noch 310 Baugesuche ein. Und seitdem ist es so geblieben — oder noch weniger geworden. Aus den zwölf Monaten August 1913 bis Juli 1914 wurden 664, 670, 690, 632, 591, 533, 610, 667, 609, 608, 655, 698, zusammen 7622 Baugesuche gezählt, dagegen brachten die zwölf Kriegsmonate August 1914 bis Juli 1915 nur 310, 336, 303, 287, 230, 273, 255, 283, 227, 224, 149, 186, zusammen 3063 Baugesuche. Im ersten Kriegsjahr war die Gesamtzahl der Baugesuche nur vier Zehntel derjenigen derselben zwölf Monate des vorhergehenden Jahres. Ähnlich minderten sich in 1914 die Baugesucherteilungen und die Baugenehmigungen; es wurden gezählt z. B. aus Juli und August an Baugesucherteilungen 78 und 44, an Baugenehmigungen 324 und 182. Für die 12 Monate August 1913 bis Juli 1914 und für die 12 Kriegsmonate August 1914 bis Juli 1915 belief sich die Zahl der Baugesucherteilungen auf zusammen 769 und 310, die der Baugenehmigungen auf zusammen 3357 und 1275. Auch hier ist eine Verringerung auf weniger als die Hälfte festzustellen.

Die Friedhöfe der Stadt Berlin.

Aus dem Bericht über die Verwaltung der Gemeindefriedhöfe und des Krematoriums für 1914 entnehmen wir folgendes: Die Friedhöfe Seefraße und Friedrichsfelde sind voll belegt, so daß auf Reihengräbern auf ersterem keine Beerdigungen mehr erfolgen, auf letzterem nur, soweit durch Ablauf der Liegefrist Platz wird. Dagegen ist noch genügender Raum für bessere Begräbnisstellen und besonders für Familienstellen vorhanden. Auf dem Friedhof Gerichtstraße finden Erdbestattungen nur noch auf früher vorbehaltenen Stellen statt, weil das ganze Gelände zur Vergrößerung des Urnenshains verwendet wird.

Um dem Mangel abzuwehren, wird in Buch-Barow ein neuer Gemeindefriedhof angelegt. Die Anpflanzungen sind schon weit vorgeschritten, mit der Aufführung der Gebäude ist begonnen.

Die Urnenshale in der Gerichtstraße ist ebenfalls nahezu belegt, so daß zwei Flügel angebaut werden mußten, die im Rohbau fertiggestellt sind. Hierdurch wird der Bedarf an Urnenshais auf eine lange Reihe von Jahren gedeckt werden.

Die Zahl der eingäscherten Personen ist auch im Berichtsjahre wieder gestiegen, und zwar auf 1123 gegen 968 im Vorjahre.

Auf dem Anstaltsfriedhofe in Buch ist an bevorzugter Stelle eine Abteilung für gefallene Krieger eingerichtet worden. Die Kosten der Beerdigung und die Unterhaltung und Schmückung der Gräber mit Blumen trägt die Stadt. Nach der Beendigung des Krieges soll ein Denkmal errichtet werden.

Kriegslicht statt Petroleum.

Trotz aller Bemühungen wird der Bedarf der Zivilbevölkerung an Leuchtpetroleum für den kommenden Herbst und Winter nur zu einem Teil gedeckt werden können. Die Reichs- und Staatsbehörden sind daher seit längerer Zeit bemüht, für die Schaffung von Ersatzbeleuchtung Sorge zu tragen. Seit Beginn des Krieges ist vielfach die elektrische oder Gasbeleuchtung an Stelle der früheren Petroleumbeleuchtung getreten. Wo dies nach den örtlichen Verhältnissen nicht möglich gewesen ist, wird für den Petroleumersatz im nächsten Winter auf das Spirituslicht hingewiesen.

Die Hauptschwierigkeit, nämlich die Beschaffung einer genügenden Anzahl der bisher aus Kupfer und Messing hergestellten Brenner, ist von der Industrie durch die Herstellung eines ohne Verwendung von Kupfer und Messing gefertigten Brenners überwunden worden. Nachdem weiter von den Behörden durch geeignete Maßnahmen die Bereitstellung hinreichender Mengen Spiritus gesichert worden war, ist unter Mitwirkung und Aufsicht der obersten Reichs- und Staatsbehörden eine Vertriebsgesellschaft, die Spiritus-Glählicht-Kriegsgesellschaft m. b. H. zu Berlin, Leipziger Straße 2, gegründet worden mit dem Zweck der Versorgung Deutschlands mit Kleinbeleuchtungsmitteln für Spiritusglühlicht, insbesondere des Betriebes von Spiritusbrennern für Kleinbeleuchtungszwecke. Die Gesellschaft wird den neuen Spiritusbrenner unter der Bezeichnung „Kriegslicht“ einschließlich Docht zum Kleinhandelspreis von 4 M. vertreiben. In diesen Betrag ist der Preis für die Zubehöreile, wie Glühstrumpf, Zylinder, Füllkännchen, Füllstück, deren Beschaffung etwa noch 1,25 M. Unkosten verursacht, nicht eingeschlossen. Um die Einführung der neuen Brenner nach Möglichkeit zu fördern, sind die Staats- und Kommunalbehörden veranlaßt worden, Bestellungen auf die Brenner zu sammeln und der Kriegslichtgesellschaft die Sammelaufträge zu übermitteln. Behörden und Kommunen werden die neuen Brenner, die etwa von Mitte September lieferbar sein werden, zu einem Vorgangspreise unter der Verpflichtung erhalten, sie zum Preise von 4 M. an die Bevölkerung abzugeben.

Die neuen Brenner lassen sich auf jede Petroleumlampe aufschrauben.

Von der Reichsleitung ist angeregt worden, überall dort, wo der Bedarf an Licht nur teilweise gedeckt werden kann, größere Säle in Schulhäusern oder dergleichen für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Eine solche Schöpfung von Arbeits- und Aufenthaltsräumen soll namentlich Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen Gelegenheit geben, ihre Arbeit auch in den dunkleren Tagesstunden zu erledigen und sich den erforderlichen Verdienst zu sichern.

Ein sechzigjähriger Parteiveteran.

Am heutigen Tage vollendet Genosse August Pohl sein sechzigstes Lebensjahr. Das wäre an sich nichts Besonderes, wenn wir in dem Geburtsstagskind es nicht mit einem Genossen zu tun hätten, der ununterbrochen von der Pike auf sein Bestes der Partei gegeben. Sein proletarisches Klaffengefühl zog den Genossen Pohl schon frühzeitig in die sozialistische Bewegung hinein. 1878 wirkte unser Freund eifrig im 3. Kreis für die Wahl Radons. Bei allen späteren Parteiaktionen hielten wir immer wieder auf den Hüften, aber feig für die Partei arbeitenden August Pohl. 1881 wirkte Pohl im 4. Kreise für Babels Wahl, und bei der Stadtverordnetenwahl 1883 finden wir ihn erneut nach außen in die Erscheinung treten. 1884 gründete Pohl mit Parteifreunden den Arbeiterbezirksverein „Glückauf“, dessen Vorstand er auch angehörte, um sich später an dem Bezirksverein „Vorwärts“ zu beteiligen.

In der damaligen schweren Zeit nahm Pohl alle Mühen, Opfer und Gefahren ruhig auf sich, immer als Bezirksführer wirkend. Durch einen aus Anlaß der Unabhängigen-Bewegung gefassten Beschluß mußte Pohl sein Arbeitsgebiet nach dem 4. Kreis verlegen, um nach einiger Zeit seine Tätigkeit im 3. Kreis von neuem aufzunehmen und teils als Abteilungsleiter, Kassierer und 2. Vorsitzender des Wahlvereins, teils als Mitglied der Agitationskommission und der Preßkommission und nach Gründung der Zentralisation in Berlin im Jahre 1905 als Vorsitzender des 3. Kreises und Mitglied des Zentralvorstandes in Groß-Berlin seine Parteipflicht auszuüben. Die Genossen des 3. Kreises sandten Pohl wiederholt nach den Parteitagungen, in einem Falle nach dem Internationalen Kongreß. — Auch in der gewerkschaftlichen Bewegung Berlin hat Pohl in den achtziger Jahren als Metallarbeiter in der wirksamsten Weise die Interessen seiner Berufskollegen vertreten, nicht ohne deswegen oft gemahregelt zu werden. So kann August Pohl am heutigen Tage mit Stolz auf seine Vergangenheit zurückblicken. Sein Leben war seiner Sache, unserer Partei gewidmet; nicht zuletzt speziell dem 3. Wahlkreis, mit dem er verwachsen ist. In allen Stürmen stand Pohl fest und unerschütterlich; er wich und wankte nicht von dem Posten, auf den er gestellt. Seit Jahrzehnten bildete er sozusagen mit dem Rückgrat der Berliner Parteigenossenschaft trotz mancher schweren Schicksalsschläge, die unseren Freund getroffen. Hoffen wir, daß es dem Geburtsstagskind vergönnt ist, noch recht lange seine Kräfte der Partei zu widmen. In einer Zeit wie heute können solche Kampferprobten Genossen wie August Pohl, die unbezerrt und unbekümmert um alle Umlerner ihren Weg gehen, sehr vorbildlich wirken.

Vorsorge gegen Unfälle.

Unter Hinweis auf unsere Mitteilung vom Sonntag, den 5. 9. 15, unter der Ueberschrift „In Ausübung des Berufs ums Leben gekommen“ wird uns von gut unterrichteter Seite folgendes mitgeteilt:

Der Arbeiter Paul Janson, welcher kurze Zeit als Bodenarbeiter in dem Expeditionsgeschäft von Bergemann u. Co., Chausseestraße 57 (Inhaber Herr Rihmann), beschäftigt war, sollte am betreffenden Tage mit einem Kutscher, welcher von dem Güterboden Farbe aufgeladen hatte, mitfahren, um demselben beim Abladen der Fässer behilflich zu sein. Wedauerlicherweise fehlte an dem Wagen ein Trittbrett zum Aufsteigen, so daß Janson von der Seite aufsteigen mußte. In demselben Augenblick rüdt die Pferde an und Janson, welcher sich an ein aufrechtstehendes Faß festhielt, fiel zu Boden und das Faß auf ihn. Mit dem linken Bein kam derselbe vor das Rad zu liegen, welches ihm das Fleisch buchstäblich vom Knochen löste. Janson hatte noch die Geistesgegenwart, sich den Stiefel selbst vom verletzten Fuß zu ziehen. Wie leider in vielen solchen Fällen war auch hier kein Verbandzeug vorhanden, so daß erst Handtucher herbeigebracht werden mußten, um das Blut zu stillen.

Der Verletzte soll nach Aussagen von Zeugen ca. 1/2 Stunde gelegen haben, bevor derselbe mit dem Kutschwagen fortgeschafft wurde.

Es besteht die Meinung, daß der Verletzte hätte gerettet werden können, wenn in dem Betriebe Verbandzeug vorhanden gewesen und für eine schnellere Fortschaffung des Verletzten gesorgt worden wäre. Nachdem dieser schwere Unfall geschehen ist, ist ein Verbandkasten in Größe einer Zigarettenkiste nebst Verbandzeug angeschafft worden.

In vielen Fuhr- und Speditionsbetrieben fehlen leider noch an den Wagen die Trittbretter zum Aufsteigen. Dieser Unfall sollte Anlaß sein, an allen Wagen Trittbretter anbringen zu lassen.

Sandfackelöhne.

Wir veröffentlichten in Nr. 246 eine Bekanntmachung des Magistrats von Charlottenburg, die darauf hinwies, daß die Heeresverwaltung bei Aufträgen zur Anfertigung von Sandfäden die Unternehmer verpflichtet, den Heimarbeiterinnen einen Lohn von mindestens fünf Pfennig pro Stück zu zahlen und ihnen das Nähgarn umsonst zu liefern. Unter Bezugnahme hierauf wird uns jetzt mitgeteilt, daß arbeitssuchenden Sandfadenherstellerinnen in Reußlin bei einem Zwischenunternehmer Wunsh (Steinwegstraße 41/42) in der vorigen Woche nur 4 M. für 100 Stück, also 4 Pf. pro Stück, geboten wurden, wobei sie auch noch das Garn aus eigener Tasche bezahlen mußten. Zugleich wird darüber geklagt, daß bei diesem Zwischenunternehmer an dem betreffenden Tage, weil „kein Stoff da war“, viele Arbeitssuchende zunächst ohne Arbeit weggeschickt und für den folgenden Tag nochmals hinterstellt wurden. Am Tage vorher hatte er durch „Morgenpost“-Annonce „100 Sandfadenherstellerinnen“ verlangt und zur Meldung aufgefordert, doch war aus der Annonce nicht zu ersehen, daß er nicht sogleich Arbeit mitgeben konnte.

Mit dem Lohnangebot von nur 4 Pf. pro Sandfaden steht dieser Meister keineswegs „unverdorben“ da. In der Bekanntmachung des Charlottenburger Magistrats wurde erwähnt, daß einzelne Unternehmer nur 3 1/2 Pf. zahlten, aber selbst das ist noch nicht der „Gipfel“. Etwa Ende Juli, als im „Vorwärts“ längst auf die Ungleichheit der in der Sandfadenherstellung gezahlten Löhne mehrfach hingewiesen und Proben davon mitgeteilt worden waren, ließ in Berlin eine Arbeiterin sich bei einem Zwischenunternehmer Henjseleit (Soldiner Straße 65) noch mit 1,70 M. für 100 Säden abspesen. Sie war zu ihm gegangen infolge einer „Morgenpost“-Annonce, durch die er hundert Sandfadenherstellerinnen suchte. Die Sandfäden, die sie zu nähen bekam, waren von der üblichen Art. Wägel brauchte die Arbeiterin nicht anzusetzen und für Befestigung von Schnüren sollte sie noch 10 Pf. pro 100 Säden erhalten, doch übernahm sie nur die Näharbeit. Nach Anfertigung von 150 Säden hatte sie diese Arbeit satt, weil ihr ein derartiger Lohn denn doch zu gering schien. Von den 2,55 Mark, die ihr für die 150 Säden zu zahlen waren, mußte sie auch noch das Garn kaufen. Da sie ein teures Garn zu 50 Pf. pro Rolle nahm und drei Rollen davon verbrauchte, so gingen hierfür 1,50 Mark drauf. Es blieb ihr mithin für 150 Säden nicht mehr als 1,05 Mark! Man möchte alles das für gar nicht glaubhaft halten, weil eine so niedrige Entlohnung geradezu unmöglich scheint, aber die Frau versichert uns aufs bestimmteste, daß ihre Angaben der Wahrheit entsprechen. Sie hat uns leider erst lange nachher gemeldet, wie wenig ihr damals bei Henjseleit gezahlt wurde.

Selbstverständlich sollen auch Zwischenunternehmer den Näherinnen nicht unter 5 Pf. pro Sandfaden zahlen. Beschwerden über zu geringen Lohn für Näharbeiten nimmt unter anderem der Verband der Schneider und Schneiderinnen entgegen. Sein Bureau befindet sich Sebastianstraße 37/38, Duergergebäude, linker Eingang, 3 Treppen. Sprechstunden sind 9—1 Uhr.

Ein falscher Feldgranat, der zuletzt in Schöneberg Kindern und Burtschen Fahrräder abschwand, hat jetzt seine Tätigkeit nach der Friedrichstraße verlegt. Gestern trat er in der Friedrichstraße und deren Neben- und Querstraßen auf, ohne daß es gelang, seiner habhaft zu werden.

Ein gefährlicher Kinderfreund ist am Wedding aufgetreten. Ein junger Mann in Dienerskleidung lockte dort ein sieben Jahre altes Mädchen an sich, verschleppte es unter Vorspiegelungen und Versprechungen nach dem Hause Fennstr. 31 und verging sich dann an ihm. Der falsche Kinderfreund hat einen kleinen blonden Schnurrbart und trug zu seinem braunen Dienersanzug gelbe Samafaschen. Die gelben Knöpfe seines Anzuges trugen einen Namenszug. Nach dieser Beschreibung wird es wohl bald gelingen, den Burtschen unschädlich zu machen.

Einen Abschiedsbrief mit seinem eigenen Blute schrieb der in der Jüdenstraße 48 wohnende 40 Jahre alte Sattler Theodor Jonasson aus Schweden, der gestern nachmittag von seinen Wirtskneuten tot am Bettpfosten hängend aufgefunden wurde. Neben der Leiche lagen ein Dolch und ein Rasiermesser, die beide mit Blut besudelt waren. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß sich der Mann entseidete, mit beiden Messern in Unterleib, Brust und Arme mehrere tiefe Schnitte und Stiche beibrachte, dann wieder angekleidete, mit seinem eigenen Blut einen Abschiedsbrief an seine Frau in Schweden geschrieben und sich endlich am Bettpfosten erhängt hatte. Wahrscheinlich hat der Mann in einem Anfall von religiösem Wahnsinn Hand an sich gelegt. Die Leiche wurde beiseitegenommen und am Abend nach dem Schanzenhof gebracht.

Kurse für Arbeiterkamarillen werden Ende September beginnen und zwar in folgenden Lokalen: am 20. September: Köpenicker Straße 62, Vereinshaus; am 23. September: Charlottenburg, Wisniewski, 98 im Restaurant; am 24. September: Schöneberg, Wörberstraße 11, Restaurant; am 27. September: Swinemünder Str. 42 im Gesellschaftshaus; am 1. Oktober: Reußlin, Weichselstr. 8, Ideal-Passage (Restaurant); am 4. Oktober: Lichtenberg, Scharnweberstraße 60, Restaurant.

Das Nähere wird dort bekanntgemacht. Die Gebühr für den Kurus beträgt 2,50 M. und ist spätestens in der ersten Unterrichtsstunde zu entrichten.

Kleine Nachrichten. Auf der Monumentenbrücke überfahren und getötet wurde gestern nachmittag ein Knabe von etwa vier Jahren. Er fiel auf dem Wege nach der nächsten Unfallstation. Die Leiche wurde nach dem Schöneberger Schauhaus in der Christophstraße gebracht. Der Verunglückte trug einen blauen Matrosenanzug, schwarze Strümpfe und gelbe Schuhe. Er hat dunkles Haar. — Durch Gas haben gestern nicht weniger als vier Personen ihrem Leben ein Ende zu machen versucht. Alle erreichten ihr Ziel. — Erhängt hat sich der 66 Jahre alte Zigarrenmacher Ferdinand Albrecht in seiner Wohnung in der Augulstr. 7 am Türpfosten der Stube. Der Mann zeigte schon länger Spuren von Lebensüberdruß. — Den Tod im Wasser suchte und fand eine unbekannte Frau, deren Leiche am Tiergartenufer in der Nähe der Dampferanlage aus dem Landwehrkanal gelandet wurde. Die Unbekannte ist etwa 35—40 Jahre alt, mittelgroß, schlank und lager und trug eine schwarze Bluse, Rod, Schürze, Strümpfe und Halbschuhe. — Von der Gokowshybrücke sprang gestern ein unbekannter Mann in die Spree. Seine Leiche ist noch nicht gefunden. Der Mann, der etwa 50—55 Jahre alt sein mochte und mittelgroß ist, hat graues Haar und Schnurrbart und trug ein graues Jackett, eine graue Manteljacke, schwarze Stiefel und eine schwarze Schirmmütze. — Die jugendliche Selbstmörderin, die vor einigen Tagen nachts an der Freiarchenbrücke in den Landwehrkanal sprang, ist jetzt gelandet und als ein Dienstmädchen Alma W. erkannt. Was sie in den Tod getrieben hat, weiß man nicht. — Festgestellt wurde jetzt auch die Persönlichkeit der Ertrunkenen, die gestern am Gartenufer aus dem Landwehrkanal gelandet wurde. Es ist ein 18 Jahre altes Lehnmädchen Charlotte Nydich aus Schöneberg, das seit dem vergangenen Mittwoch vermißt wurde. Auch hier ist der Beweggrund zum Selbstmord unbekannt, ebenso bei dem 65 Jahre alten Weibgerber Friedrich Ehner aus der Weinmannstraße 46, der in der Wankt. tot aufgefunden wurde. — Hinflos gestorben ist der lungenkranke 36 Jahre alte Arbeiter Johann Moyer aus der Adlerstr. 10. Vor acht Tagen brach er infolge seines

kranke Zustandes auf der Straße zusammen und wurde nach seiner Wohnung gebracht. Die Ueberführung in ein Krankenhaus lehrte er ab. Nachdem man in den letzten Tagen nichts mehr von ihm gehört hatte, wurde am Montag die Wohnung geöffnet. Er wurde in stark verwestem Zustande auf dem Fußboden liegend aufgefunden.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Schöneberg.

Die Versammlung am Montag nahm zunächst Kenntnis von einem Kommissionsbeschlusse, wonach den städtischen Arbeitern die vom September 1914 bis Februar 1915 geleisteten Ueberstunden nachträglich bezahlt werden sollen. Die Standinhaber, die auf den Wochenmärkten das Publikum überleuten, sollen von den Märkten verwiesen werden. — Die Dienstzeit der Stadträte Schüller, Kob, Finde, Dr. Krieger, Jacobs und Rollensdorf läuft am 31. März 1916 ab. Die notwendigen Ergänzungswahlen sollen von dem zuständigen Ausschusse vorbereitet werden. Stadtrat Fleischer hat mitgeteilt, daß er sein Amt niedergelegt habe. Von den Erben des verstorbenen Millionärs Mette wird beabsichtigt, eine „Gustav-Mette-Stiftung“ zu gründen. Bei Verläufen der den Erben gebührenden Grundstücke sollen nach Abzug der entstehenden Kosten 10 Proz. des Ertrages der Stiftung überwiesen werden. — Die Versammlung beschloß ferner, eine Gustav-Roch-Stiftung in Höhe von 30 000 M. anzunehmen. Die Zinsen davon sollen für im Dienst Verunglückte und deren Angehörige verwendet werden.

Beschlossen wurde weiter, den während des Krieges geborenen Kindern, deren Väter nach der Geburt an einer Kriegsverletzung gestorben sind, ein Sparkastenbuch über 10 M. auszuhandigen mit der Bedingung, diesen Betrag erst nach Vollendung des 20. Lebensjahres abzugeben.

Bei den Nachbewilligungen von Mietsunterstützungen wünschte ein bürgerlicher Stadtverordneter die Gewährung eines höheren Prozentsatzes, da die Hausbesitzer überlastet seien. Dem Genossen K. A. wurde verlangt, die Hausbesitzer, die keine Mietsausfälle hätten, stärker zur Steuer heranzuziehen und durch ein Mietslagerfahren die größeren Mietsverluste zu decken. Von einem anderen bürgerlichen Vertreter wurde die Vorlage belämpft, dagegen vom Genossen V. ernstein befristet. Der Antrag wurde darauf einem Ausschusse überwiesen.

Auskunftsstelle für Angestelltenversicherung in Schöneberg.

Der Ortsausschuß Schöneberg der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung hat eine Geschäftsstelle in den Räumen des Bureaus für Sozialpolitik Berlin W 30, Rollendorsstraße 29/30, errichtet. Schriftliche Anfragen, die sich auf die Angestelltenversicherung im Bezirk Schöneberg beziehen, werden jederzeit von dort erledigt. Für mündliche Anfragen ist eine Sprechstunde eingerichtet Dienstag und Freitag von 12—2 Uhr.

Kinderveranstaltungen in Reußlin.

Mittwoch. Spielpartie nach dem Turnplatz der Freien Turnerschaft. Treffpunkt 2 Uhr an der Wilhelmsbrücke (Eisenstraße). Donnerstag. Ausflug nach der Königsheide. Treffpunkt 1 1/2 Uhr am Richardplatz. Rundvortrag ist mitzubringen. Sonntag. Ausflug nach Karolinenhof. Treffpunkt früh 9 Uhr am Ringbahnhof Reußlin. Kinder über 10 Jahre müssen 50 Pf., unter 10 Jahre 30 Pf. und gemaltenen Kaffe und Rundvortrag mitbringen.

Gemeindevwahl in Lankwitz.

Am 10. September ist in der dritten Wählerklasse an Stelle des ausgefiedenen Gemeindevorordneten Varielt der Postsekretär Streifling mit 86 Stimmen ohne Gegenkandidaten für die Zeit bis zum März 1918 gewählt worden.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 327 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde-5. Garde-Regiment z. F.; 2. Garde-Reserve-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment Franz; Garde-Jäger-Bataillon. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier, bzw. Infanterie, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 1), 2, 3, 4, 6, 11, 12, 16, 18, 21, 22, 23, 26, 29, 33, 34, 37, 43, 51, 53, 54, 56, 58, 60, 62, 63, 64 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 230), 65, 66, 67, 69, 70, 73 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 230), 74, 77, 80, 82, 83, 80 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 84), 91, 95, 97 (s. Inf.-Regt. Nr. 60), 111, 112, 113, 114, 117, 120, 135, 137 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 60), 143, 151, 153, 154, 157 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 230), 160, 168, 170, 171, 175, 176, 188, 189, 331, 344, 352, 357 bis einschl. 362, 364, 368, 369, 370, 371, 374 und Regiment v. Cuijow. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 3, 5, 17, 18, 21, 22, 25, 27, 46, 56, 61, 64, 66, 69, 71, 77, 80, 84, 91, 99, 203, 207, 209, 212, 216, 219, 221, 223, 225, 230, 252, 257, 259, 260, 262. Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 28 und Königsberg Nr. 3. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 4, 9, 18, 24, 25, 31, 34, 49, 52, 56, 84, 118, 349. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 4 (s. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 349). Landsturm-Infanterie-Regimenter Nr. 7 und 109. Brigade-Ersatz-Bataillone: Nr. 32 (s. Inf.-Regt. Nr. 364), 40 (s. Inf.-Regt. Nr. 365), 50 (s. Inf.-Regt. Nr. 355) und Nr. 55. Landsturm-Infanterie-Bataillone: I Alfenstein, I Cöstrin, Dessau, I Hagenau, Bennep, Limburg, II Osterode, Zargau, Weßlau. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: I Weßheide, Schwedt a. O., 7. des 7. Armeekorps. Jäger-Bataillone Nr. 3 (s. Inf.-Regt. v. Cuijow), 4, 14; Reserve-Bataillone Nr. 1 und 23. Reserve-Motorschiff-Kompagnie Nr. 79. Feld-Maschinengewehr-züge Nr. 42, 186 (s. Inf.-Regt. Nr. 33) und 295 (s. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 7); Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 1 (Hauptmann Wandel), Nr. 10 (s. Festungs-Maschinengewehr-Komp. Nr. 4); Festungs-Maschinengewehr-Komp. Nr. 4. Kavallerie: Dragoner Nr. 7 und 18; Husaren Nr. 17; Manen Nr. 12 (s. Kav.-Regt. Nr. 80); Regiment Nr. 89; Reserve-Ersatz-Eskadron des 6., 8. Landwehr-Eskadron des 10. und 4. Landsturm-Eskadron des 9. Armeekorps; Reserve-Abteilungen Nr. 47, 78, 78. Feldartillerie: Regiment Nr. 7, 19, 53, 217, 237; Reserve-Regimenter Nr. 60 und 68. Fußartillerie: Regiment Nr. 6 und 7; Reserve-Regimenter Nr. 7 und 20; Batterie Nr. 103. Schwere Feldhaubitzen-Batterie Nr. 219. Pioniere: Regiment Nr. 19, 20, 25, 29; Bataillone: I. Nr. 1, I. Nr. 5, I. und II. Nr. 6, II. Nr. 7, II. Nr. 10, I. Nr. 16, II. Nr. 27, I. und III. Nr. 28; Reserve-Kompagnien Nr. 46 und 82; 1. Landwehr-Kompagnie des 16. Armeekorps. Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 20. Bereschstruppen: Eisenbahn-Regiment Nr. 2. Reserve-Eisenbahn-Kompagnie Nr. 32. Train: Train-Ersatz-Abteilungen Nr. 6 und 11. Schwere Proviantkolonne Nr. 4 des Gardekorps. Proviantkolonne Nr. 4 der 1. Infanterie-Division. Fuhrparkkolonne Nr. 5 des 11. Armeekorps, Nr. 54 der 25. Reserve-Division, Nr. 2 der 54. Nr. 46 der 88. und Nr. 3 der 103. Infanterie-Division. Reserve-Fuhrparkkolonne Nr. 91. Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 203 der Armeekorps, Nr. 3 des 4. Armeekorps und Nr. 207. Reserve-Badereikolonne Nr. 42 des 41. Reservekorps. Pferdepark der 83. Infanterie-Division. Munitionskolonnen: Infanterie-Munitionskolonne Nr. 2 des 1. und Nr. 3 des 2. Armeekorps. Reserve-Infanterie-Munitionskolonne Nr. 45. Landwehr-Infanterie-Munitionskolonne Nr. 2 des Landwehrkorps. Feldart.-Munitionskolonne Nr. 8 des 16. Armeekorps. (F) Artillerie-Munitionskolonne Nr. 8 des 1. Armeekorps. Feldartillerie-Munitionskolonne der 35. Reserve-Division. Reserve-

(F) Artillerie-Munitionskolonne Nr. 94 des 40. und Reserve-Artillerie-Munitionskolonne Nr. 103 des 41. Reservekorps, Nr. 43 der 25. Reserve-Division; Reserve-Feldartillerie-Munitionskolonne Nr. 52 der 43. Reserve-Division. Landwehr-Artillerie-Munitionskolonne Nr. 1 der 8. Landwehr-Division. Etappen-Munitionskolonne Nr. 3 der Armee Galtwitz und Nr. 316.

Sanitätsformationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des 11., Nr. 117 des 14., Nr. 2 des 16. Armeekorps und Nr. 3 der 19. Infanterie-Division. Feldlazarett Nr. 8 des Gardekorps, Nr. 9 des 1., Nr. 1 des 2., Nr. 10 des 7., Nr. 7 des 10. Armeekorps, Nr. 4 der 4., Nr. 167 der 84., Nr. 2 der 101., Nr. 3 der 107. Infanterie-Division und Nr. 125. Reserve-Feldlazarett Nr. 115 des 41. Reservekorps, Nr. 74, 79, 82, 117, 118, 120. Landwehr-Feldlazarett Nr. 22. Kriegslazarett Nr. 58. Kriegslazarett-Abteilung Nr. 52.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 220 meldet Verluste der 1. Munitionskolonnen-Abteilung, 2. Armeekorps; 1. Munitionskolonnen-Abteilung, 3. Armeekorps; Ersatz-Sanitäts-Kompagnie; Weitere Verluste; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Die württembergischen Verlustlisten Nr. 262 und 263 enthalten Verluste des Landsturm-Infanterie-Regiments Nr. 13; Infanterie- und Ref.-Inf.-Regt. Nr. 120; Reserve- und Landwehr-Inf.-Regt. Nr. 121; Inf.-Regt. Nr. 124; Landw.-Inf.-Regt. Nr. 128; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 246, 247; Landwehr-Feldart.-Regt. Nr. 1; Ersatz-Feldart.-Regt. Nr. 65; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 137; Sanitäts-Kompagnie Nr. 1; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Grenadier- und Ref.-Inf.-Regt. Nr. 119; Inf.-Regt. Nr. 120; Füsilier-Regt. Nr. 122; Infanterie-Regimenter Nr. 125, 126, 127, 180; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 246, 248; Landsturm-Inf.-Bataillon Elmangen; Manen-Regt. Nr. 20; Feldartillerie-Regt. Nr. 29; Reserve-Feldart.-Regt. Nr. 54; Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 47 der Kaiserlichen Marine wird veröffentlicht.

Aus aller Welt.

Schwindelhafte Unternehmer.

Bei der Besprechung militärischer Fragen anläßlich der jüngsten Tagung des Reichstages forderte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, die Soldaten auch vor Ausbeutung durch gewissenlose Unternehmer zu schützen. Wie berechtigt dieses Verlangen war, das schildert ein Soldat in einem Briefe an seine Angehörigen. Dieser Schilderung ist u. a. zu entnehmen:

Eine Wäsche „Schinken in Burgunder“ (Preis 1,60 M.) enthält zwei kleine Würstchen und ein wenig Sauerlisch im Werte von höchstens 20 Pf., eine Wäsche „Gebämpfte Birnen“ (Preis 65 Pf.) eine größere und eine ganz kleine Birne in etwas angegeducktem Wasser im Werte von vielleicht 10 Pf., und von zwei Wäschen „Corned Beef“ (Preis je 1,25 M.) hatte die eine einen süßigen und die andere einen total versäuernten, beide also einen ungenießbaren Inhalt. Eine Wäsche mit „Mindgulasch“ (Preis 1,70 M.) enthält ein wenig Fleisch, aber recht viele Knochen und Jadder, und eine Wäsche mit „H. Gänsefleisch“ (Preis 2,50 M.) war mit ranzigem Tran gefüllt, der wegen seines hohen Salzgehalts hoffentlich die mit ihm geschmierten Stiefel nicht allzusehr angegriffen hat.

Durch eine Explosion in einem militärischen Betrieb in Ingolstadt sind einige Arbeiter verunglückt. Der Sachschaden ist nicht bedeutend. Der Gesamtbetrieb des Instituts ist nicht gestört.

Explosion in einer österreichischen Glashütte. Eine folgenschwere Kesselexplosion ereignete sich in der Glashütte der Oesterreichischen Glashütten-Gesellschaft in A. u. S. Durch die Explosion wurden drei Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß das Dach des etwa 20 Meter hohen Gebäudes, das einen Flächeninhalt von 1500 Quadratmetern besitzt, fortgeschleudert wurde.

Explosion eines Granatsäckes. Bei Ausbachtungsarbeiten unweit des Artilleriedepots in Brandenburg a. H. explodierte ein mit Zünder versehenes Granatsäckchen, als es von Erde und Schmutz gereinigt wurde. Ein Ziegelmeister und ein Zimmermann wurden getötet, ein Lehrling wurde lebensgefährlich verletzt.

Der Stier ist los. In der Schlachthalle des städtischen Schlachthofes in Leipzig gelang es einem Stier, sich seiner Fesseln zu entledigen und das Freie zu gewinnen. Ein 70 Jahre alter Hausbesitzer wurde von dem Stier erfaßt, zu Boden geschleudert und schwer verletzt. Ein Schulknabe, der gleichfalls zu Boden gemworfen wurde, kam mit leichten Verletzungen davon. Da mehrere Veruche, den Stier einzufangen, erfolglos blieben, wurde er von einem Schuttmann und einem Jorhaufseher erschossen.

Todessturz im Gebirge. Im Kaisergebirge ist die 50jährige Gutbesitzerin Lotte Ziegler auf einem Mähnen auf einer Tour nach Kopsfel abgestürzt. Ihre furchtbar verstümmelte Leiche ist jetzt im Schutts des hohen Winkels gefunden worden.

Aus einem Eisenbahnzug gestürzt. Auf der Strecke Ham-burg-Bremen sprang während der Fahrt eines Personen-zuges die Tür eines Wagens vierter Klasse auf. Ein junges Mädchen, das sich an die Tür gelehnt hatte, fiel hinaus und blieb auf den Schienen bewußtlos liegen. Die Schwerverletzten, an deren Aufkommen gezweifelt wird, wurde nach Hitzfeld zurückbefördert.

Töblicher Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof in Fürsten-walde a. Spree geriet am Sonntag der 47jährige Weichensteller Rudolf Müller aus Verfenbrück unter einen Güterwagen, dessen Räder ihm die Beine zermalten. Im Fürstenwälder Krankenhaus ist Müller bald nach seiner Aufnahme gestorben. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und sechs Kinder.

Vor Glas gestorben. In Würzburg ist der Kriegsgefangene französische Geschäftsfreisende Paul Liebermann aus Paris vom 301. französischen Infanterie-Regiment aus Freude über eine Erbschaft von 200 000 Franken, die ihm zugefallen war, wahnsinnig geworden und auf dem Wege in die Irren-anstalt am Schlaganfall gestorben.

Der Vesuv in lebhafter Tätigkeit. Die „Ecola“ meldet, entwickelt der Vesuv in den letzten Tagen eine lebhaftere Tätigkeit. Dem Krater entspringen hohe weiße Rauchsäulen. Die Ausbrüche erfolgen unter Aschenauswurf. Seit Montagabend 10 Uhr ist am Hauptkrater ein Lavaerguß zu beobachten.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg, Mittwoch, den 15. September: Versammlung der Jugendleitung im Jugendheim, Rosenstr. 4, vom 1.

Reußlin. Heute abend 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Fuldastr. 55/56: Versammlung der Jugendleitung. Vortrag des Genossen K. über: Naturerkenntnis.

Röntgenstrahl. Busch, Zebornid. Donnerstag, den 16. September 1915, 8 1/2 Uhr, Anbel im Lokal von August Lange der Jahlabend statt. Zahlreiches Erscheinen ist wegen der wichtigen Tagesordnung notwendig.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmittag. Teilweise heiter, aber sehr veränderlich und im Süden meist leicht, im Norden vielfach etwas stärkere Regenschälle. Temperaturen durchschnittlich wenig verändert.

Eingegangene Druckschriften.

Der Wille Regt. Ein Beitrag zur Kriegsschuppelfürsorge. Von G. Wille. 136 S. C. Ulmer, Berlin S. 42.
Das stille Leuchten. Roman von P. Grabein. Oct. 1 M. Verlag der Biling-Bücher, Leipzig.

